Abonnements
werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 3.— für Deutschland (Couvert)
fl. 1.70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile
25 Cts. oder 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).

Verlag
der
Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.

Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

№ 2.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

8. Januar 1887.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Zu den nächsten Reichstagswahlen.

I. Allgemeines.

Schon vor einigen Wochen wurde an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß das Jahr 1887 der Sozialdemokratie Deutschlands wieder Gelegenheit geben werde, ihre Kräfte im Wahlkampf zu messen.

Sich für diesen Kampf bereit zu halten, ist daher die Hauptaufgabe unserer Partei in dem nunmehr begonnenen neuen Jahre.

Nach einer ganzen Reihe uns zugegangener Mittheilungen zu schließen, haben das die Genossen weit und breit bereits erkannt und sind mit ihrer bewährten Energie sofort daran gegangen, diejenigen Maßregeln zu treffen, welche sie in den Stand setzen, jeden Augenblick den Kampf aufnehmen zu können. Wenn uns die heutigen Machthaber das abgeschmackte Beispiel darbieten, daß sie sich zum Kriege rüsten, weil sie angeblich den Frieden wollen, so gilt in Bezug auf den politischen Kampf für uns dagegen das durchaus logische Wort: Wir rüsten uns zum Krieg, weil wir den Krieg auch wirklich wollen.

Ja, wir wollen ihn, weil ohne ihn die Massen versumpfen würden — erschlaffen in dumpfem Sehnen, im Hoffen und Harren, statt kräftigen Wollen und Verlangen.

Es kann uns nicht einfallen, den Genossen in Deutschland vom Ausland her Rathschläge über die Einzelnheiten des Wie der Vorbereitungen ertheilen zu wollen. Das wissen sie, die im Feuer stehen, besser als wir. Aber eine Reihe allgemeiner Gesichtspunkte, für die im kleinen Kampf des Tages der Blick bisweilen getrübt wird, an dieser Stelle zu erörtern, das scheint uns so recht der Aufgabe zu entsprechen, die unser Blatt sich gestellt.

Wenn die Dinge sich diesmal so abspielen, daß der Reichstag sein natürliches Ende erlebt, so haben wir die Wahlen nicht vor Ausgang des Jahres zu erwarten. Obwohl nun eine Auflösung des Reichstages aus Anlaß der Militärdebatten absolut ausgeschlossen erscheint, sintemalen es sich deutlich gezeigt hat, daß die Mehrforderungen der Regierung bei der großen Masse des Volkes nichts weniger als populär sind, so ist doch, angesichts der Thatsache, daß heute die Laune eines allmächtigen, seinen Stimmungen gegenüber nichts weniger als eisernen Kanzlers regiert, damit keineswegs gesagt, daß nicht aus irgend einem anderen Grunde plötzlich der „Appell" an das Volk" inszenirt wird. Stets auf Posten! bleibt daher die Parole.

Daß wenn wir auf dem Posten sind, wir den Wahlkampf, von seiner allgemeinen Wirkung als Faktor der politischen Erziehung abgesehen, auch im Hinblick auf die voraussichtlichen Wahlergebnisse nicht zu fürchten haben, daß unsere Partei jeder Wahlparole der Regierung ein festes, der Wirkung sicheres Programm entgegenzustellen vermag, daß die Verhältnisse uns mit jedem Tage mehr in die Hände arbeiten, immer weitere Schichten der Bevölkerung unserer Agitation zugängig machen, das ist nicht nur in unserem Blatte, sondern auch von den Rednern unserer Partei auf öffentlicher Tribüne wiederholt ausgesprochen und von den Gegnern selbst bestätigt worden.

Aber gute Aussichten und gute Erfolge sind zweierlei. Ohne höchste Anspannung unserer Kräfte würden die letzteren trotz der ersteren schließlich ausbleiben. Denn gerade weil unsere Gegner wissen, wie sehr der Boden für unsere Partei bereits geebnet ist, werden sie kein Mittel der Demagogie unversucht lassen, uns das Terrain abzugraben. Das mögen die Genossen überall im Auge behalten und sich vor einem Optimismus hüten, der gegebenenfalls ebenso verderblich wirken kann als der energieloseste Pessimismus. Die Siegeszuversicht darf nicht einschläfernd wirken, die Sozialdemokratie hat noch nie zu Denjenigen gehört, denen, wie es im Sprichwort heißt, es der Herr im Schlaf gibt.

Auch in anderer Beziehung möchten wir vor einem übertriebenen Optimismus warnen. So zunächst vor zu hochgespannten Erwartungen mit Bezug auf die Zahl der uns diesmal voraussichtlich zufallenden Mandate.

Wenn, wie es geschehen ist, es gleichsam als eine Kleinigkeit für unsere Partei hingestellt wird, in doppelter Stärke, also mit 50 Mandaten versehen, in den nächsten Reichstag einzuziehen, so halten wir das für eine Uebertreibung, die unserer Sache keineswegs dienlich sein kann. Im Augenblick mag eine solche Ankündigung wohl imponiren, bleibt aber der versprochene Erfolg aus, so ist der Rückschlag dafür um so größer. Auf die Ueberschätzung folgt die Unterschätzung: Enttäuschung bei den Massen, Enttäuschung in den eigenen Reihen.

Wir hoffen und sind überzeugt, daß es der Tüchtigkeit unserer Genossen gelingen wird, eine gehörige Anzahl neuer Wahlkreise für die Sozialdemokratie zu erobern, aber man vergesse nicht, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Zahl der Kreise, in denen wir überhaupt Wahlerfolge erzielen können, eine beschränkte ist, unsere Partei im Großen und Ganzen auf bestimmte industrielle Zentren angewiesen ist, in die ländlichen Distrikte aber naturgemäß nur langsam eindringen kann.

Auch in diesen ist der Boden für den Sozialismus vielfach sehr günstig vorbereitet, aber die Ernte geschieht da nicht immer bei der Wahl. Nur in den Städten und in großen Industriedörfern kann die Wahl als Ausdruck der Gesinnung der Wählermassen gelten, auf dem Lande zeigt der Wahlausfall meist nur, wo momentan die größere soziale Macht vertreten ist.

Wenn also unsere Partei zu den bis jetzt errungenen 25 Sitzen, von denen einige, im Sturm erobert, noch zu befestigen sind, diesmal auch nur ebensoviel zuerobert als das vorige Mal, so wird das ein Erfolg sein, auf den wir sehr stolz sein können, der — trotz Bismarck — einen wahren Triumph der sozialen Revolution bedeutet.

Und wie mit der Zahl der Mandate verhält es sich mit der Gesammtzahl der für unsere Partei abgegebenen Stimmen. Daß diese einen stattlichen Zuwachs erhalten werden, lehren uns bereits die Berichte im Korrespondenzentheil unseres Blattes. Auch diesmal wird unsere Partei in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen, wo sie bisher nicht oder nur in der Vereinzelung vertreten war, den Kampf aufnehmen und so unseren Widersachern aufs Neue den Beweis liefern, daß kein Schandgesetz, keine Puttkamerei noch Rechtsgaunerei unserer Propaganda Einhalt zu bieten vermag. In dieser Hinsicht sind wir ganz unbesorgt. Aber für eine zwecklose Uebertreibung halten wir es, von einer in Aussicht stehenden Verdoppelung unserer Stimmenzahl zu phantasiren.

Unsere Partei hat in den besseren Wahlkreisen schon bei den letzten Wahlen so gewaltige Wählermassen in's Feld geführt, daß überhaupt nur noch ein dem Prozentsatz nach mäßiger Stimmenzuwachs möglich ist. In Berlin, in Hamburg-Altona, in Leipzig-Stadt und -Land, in Chemnitz, in Zwickau, in Nürnberg, in München, in Frankfurt, in Offenbach, in Mainz, in Magdeburg und in noch vielen anderen Kreisen werden unsere Genossen gewiß ihr Möglichstes thun, noch mehr Stimmen zu erlangen als bisher, aber mag dieses Mehr noch so groß sein, es wird immer nur einen geringen Prozentsatz derselben gegenüber dem schon Erreichten bilden. Wenn z. B. diesmal in Hamburg unsere Stimmenzahl von 37,000 auf 47,000 steigt, so wird jeder Kenner der Verhältnisse das als einen glänzenden Zuwachs unserer Stärke anerkennen, während er doch nur um wenig mehr ausmacht als ein Viertel (27 Proz.) des 1884er Resultates. Je größer die Zahlen sind, mit denen wir von vornherein ins Feld rücken, um so geringer wird der Prozentsatz des Zuwachses erscheinen, auch wenn er an sich noch so bedeutend ist.

Träumen wir also nicht von der Million sozialistischer Stimmen, die uns diesmal in Aussicht stehen soll; für eine Partei, die, wie die unsere, an Händen und Füßen gebunden ist, sind hundert bis zweimalhunderttausend neugewonnene Stimmen schon ein Riesenerfolg.

Warum wir das Alles schon jetzt hervorheben? Weil wir, wie gesagt, nichts für schädlicher halten als das Nähren von Hoffnungen, die vor der sachgemäßen Prüfung nicht Stand halten. Unsere Sache ist stark genug, auf das Reizmittel berauschender Illusionen verzichten zu können. Zudem, so werthvoll das Propagandamittel der Wahlen für unsere Sache auch ist, so hängt sie doch nicht allein von ihm ab; zeigen uns die Wahlen doch nur an, wie weit die Revolution in den Köpfen vorgeschritten, während sie für die Revolution in den Dingen nur untergeordnete Faktoren sind.

Diese schreitet aber, wie aus tausend Erscheinungen des öffentlichen Lebens ersichtlich, heute viel rascher vorwärts als die erstere. Der einzige Erfolg des heutigen infamen Unterdrückungssystems, den unsere Feinde für sich zu reklamiren wagen: den Vormarsch unserer Bewegung, wenn nicht aufgehalten, so doch wenigstens etwas verlangsamt zu haben, fällt hier vollständig hinweg. Die Revolution in den Dingen geht über alle Bismarcks und Puttkamers, über alle Engel's und Hackes zur Tagesordnung hinweg, solange es ihnen nicht gelingt, aus proletarisirten Kleinbürgern und Kleinbauern behäbige Eigenthümer zu machen, d. h. das Gegentheil von dem, was sie mit ihrer Steuer- und Wirthschaftsreform bisher erzielt.

Sie können die Leute eine Zeitlang über die Wirksamkeit ihrer sozialen Quacksalbereien in Irrthum erhalten, indem sie die Stimmen der rückhaltlosen Kritik unterdrücken, aber sie können ihnen nicht vorreden, daß sie im Wohlstand schwelgen, wenn sie Noth leiden.

Darum noch einmal:

Die Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse ist eine für unsere Partei so günstige wie nur je. Der Boden ist für unsere Propaganda vortrefflich geebnet, die Noth der Zeit lehrt die Menschen immer mehr nachdenken und macht sie so geneigter, die Lehren des Sozialismus in sich aufzunehmen. Diese günstige Situation macht es den Genossen aber auch zur Pflicht, sie mit allen Kräften auszunutzen, nichts ungeschehen zu lassen, was geeignet ist, die Weiterausbreitung unserer Partei zu fördern.

Ohne berauschende Illusionen, aber gehoben durch die sichere Ueberzeugung, daß unsere gute Sache unüberwindlich ist, solange wir selbst nur fest und unerschütterlich zu ihr stehen, mögen sie den bevorstehenden Kämpfen entgegensehen — die Sozialdemokratie wartet nicht auf Zeichen und Wunder, aber was in harter Arbeit errungen werden kann, das will sie erringen und das wird sie erringen.

Die Lage der Arbeiter in Pennsylvanien.

Von Henry George.

(Für den „Sozialdemokrat" übersetzt von G. M.)

Neue Folge.

II.

Der Streik hatte sich nur um Lohnerhöhung gehandelt und nur diese Frage war im Vertrag vorgesehen. Aber der Beweis ihrer Stärke scheint die Kompagnie davon überzeugt zu haben, daß es sehr räthlich sei, mit ihren Leuten liberaler zu verfahren, und so wurden nicht nur freiwillig 5 Prozente zugelegt, auch die Wagen wurden wieder auf das gebührende Maß verkleinert und der Kamelhöcker, welcher zwei Buscheln pro Wagen gleichkam, abgeschafft, die Füllung der Oefen egalisirt, die Miethe der Kompagniehäuser um 1 Dollar 50 Cents pro Monat herabgesetzt und die Preise der Kompagnieläden, welche gemäß den Untersuchungen von Pittsburger Reportern zur Zeit des Streiks bei verschiedenen Artikeln von 50 bis 100 Prozent über den gewöhnlichen Preisen betrugen, wurden nicht nur auf das Niveau der Privatläden reduzirt, sondern so tief darunter, daß der Verdacht entstand, die Kompagnie versuche, alle anderen Ladenbesitzer zu vertreiben, um bei einem anderen Streik bessere Kontrole zu haben.

Eine Wirkung des Connelsviller Streiks war, das feindselige Gefühl der Bergleute gegen die „Hunnen" zu verringern und bei den Arbeitgebern die Meinung zu zerstören, daß sie in denselben ein Angebot von „gelehrigen" Arbeitern hätten, die weder Unionen gründen noch zum Streik schreiten würden. Dieser Wechsel in den Anschauungen fand Unterstützung in verschiedenen Fällen in anderen Distrikten, in welchen Ungarn, die dorthin gebracht wurden, um die Plätze der Streikenden einzunehmen, sofort die Arbeit verweigerten, sobald die Sachlage klar gemacht worden war.

Aber während die pennsylvanischen Bergleute nach und nach das Vorurtheil verlieren und erkennen, daß trotz der fremden Sprache ein Mann ein Mann sein kann, so ist dennoch die fortwährende Zuführung fremder, an hiesige Verhältnisse nicht gewöhnter Arbeiter ein wichtiges Mittel gewesen, die Einbildung zu zerstören, als könne ein Zoll auf Waaren die Arbeiter beschützen. Ich will nicht sagen, daß die Arbeiter Pennsylvaniens jetzt schon die Thorheiten des Schutzzoll-Dogmas einsehen, allein sie werden doch langsam inne, daß ein System, welches auf das Produkt der „Pauper-Arbeit" Zoll legt, den „Pauper-Arbeiter" selbst aber zuläßt, werthlos für die Arbeiter ist, gleichviel was der Arbeitgeber davon hält.

Ein Vergleich der Lage des Arbeiters in Pennsylvanien mit der der britischen Arbeiter ist namentlich von Interesse angesichts der Art und Weise, wie die unterdrückte und degradirte Arbeiterschaft Großbritanniens dem Arbeiter in Pennsylvanien stets vorgehalten wurde als ein Beweis, daß er mit seiner Lage zufrieden sein und Patrioten wählen solle, die den Zolltarif aufrecht erhalten.

Allerdings, alle fremde Arbeit ist in dem Wörterbuche des Schutzzöllners „Pauperarbeit", und obschon die Löhne in Großbritannien höher sind als irgend sonstwo in Europa, so ist es doch noch immer das Land, dessen „Pauperprodukte" die große Gefahr für die Menschheit auf dieser Seite des atlantischen Ozeans bilden, wie den Pennsylvaniern gelehrt worden ist. Und Dank der Freigebigkeit der Philanthropen, die in liberaler Weise zu dem Fond der Stahl- und Eisen-Assoziation steuern, kann selbst der Bergmann, dessen Monatsarbeit in einer „gestutzten Anweisung" resultirt, im „Kupf-mich-Laden" gratis Traktätchen bekommen, in welchen Beobachter wie Robert P. Porter dunkle Bilder von brittischem Schmutz und brittischer Rohheit als die Früchte des Freihandels malen, und Professoren wie Robert Ellis Thompson die Leiden Irlands dem Mangel eines Schutzzolles zuschreiben.

Ueber die Frage der Lage der Arbeiter in Pennsylvanien und Großbritannien gibt der letzte Bericht des Statistischen Bureaus interessante Aufschlüsse.

Wie die meisten Pennsylvanier, so ist Joel B. McCamant, der Chef des Statistischen Bureaus, ein Schutzzöllner, wohl aus demselben Grunde, wie die meisten Türken Mohammedaner sind. Aber er scheint es als seine Pflicht zu betrachten, Thatsachen zu sammeln, gleichviel wie dieselben auf gewisse Theorien einwirken, und da es ihm unmöglich war, nach den durch das Auswärtige Amt der Ver. Staaten gelieferten Zahlen über die Arbeiterverhältnisse in den beiden Ländern einen zutreffenden Vergleich zu machen, so hat er seinen an Arbeiter ausgesandten Fragen folgenden Passus beigefügt:

„Wenn Sie längere Zeit als Lohnarbeiter in Europa beschäftigt waren, sagen Sie, wo und was Ihr Beruf war und Ihre Lage dort im Vergleich mit der in diesem Lande."

Die Antworten sind interessant und lassen erkennen, daß die Bergleute in England im Ganzen besser gestellt sind als in Pennsylvanien. Aus der Antwort eines Amerikaners geht hervor, daß er Frau und drei Kinder zu ernähren hat, einen Dollar pro Tag verdient und im letzten Jahre 200 Arbeitstage verlor, d. h. ohne Beschäftigung gewesen ist. Und er fügt seiner Antwort hinzu: „Ich bin ein amerikanischer Bürger und froh, eine Gelegenheit zu haben, die Welt wissen zu lassen, wie die Lage der Arbeiter bei der Penn-Gas-Kohlen-Kompagnie beschaffen ist. Die Bergleute können kein anständiges Leben führen, auch nicht, wenn sie volle Zeit arbeiteten, da der Lohn für eine Tonne (2000 Pfd.), über ein Sieb mit dreiviertelzölligen Maschen geworfen, 50 Cents ist. Aus diesem Bericht können Sie ersehen, daß wir nicht ein halbes Leben machen bei den Löhnen, die jetzt bezahlt werden. Wir können unsere Bedürfnisse nicht voll bezahlen und kommen immer tiefer in Schulden. Die wenigen Kleider, die wir haben, werden abgetragen und unser Ruf der Ehrlichkeit und Rechtschaffenheit wird befleckt, und es ist doch nicht unsere Schuld, denn wir versuchen, unserem Einkommen gemäß zu leben, aber wir können es nicht. Die Sachen, die in dem Bericht angeführt sind, werden von meiner Familie durchaus nicht alle gebraucht, doch kann ich sie nicht jeden Monat bekommen."

Ein Bergmann in Alleghany-County schreibt:

„Ich war als Kohlengräber in England, County Northumberland, beschäftigt. Vor vielen Jahren war meine Lage besser. Als Beweis will ich anführen, daß ich vor sechs Jahren mit Frau und fünf Kindern nach diesem Lande kam. Ich konnte ihre Fahrt bezahlen und hatte nach meiner Ankunft am Orte meiner Bestimmung, in Westmoreland County, Geld genug, um alle Haushaltungsgegenstände, Werkzeuge 2c. zu kaufen; doch heute, obschon eines meiner Kinder alt genug ist, um mir zu helfen, könnte ich meine Schulden nicht bezahlen, wenn ich mein Hab und Gut verkaufte, keineswegs aber die Mittel finden, die Fahrt nach Europa zu machen.

In England arbeitete ich sechs Stunden den Tag und im Durchschnitt 250 Tage im Jahr für 1 Dollar 40 Cents den Tag, mit Haus und Garten, Kohlen für 24 Cents per Monat, ärztlichen Beistand und Medizin, wenn immer nöthig, und hatte keine Steuern zu bezahlen, da die Kohlenkompagnie für die Häuser, in denen wir lebten, die Steuern bezahlen mußte.

Hier hat der Bergmann nur einige Monate im Jahr Gelegenheit, zu arbeiten, und muß infolgedessen alle Stunden schaffen, die Gott gesendet — ja, in der That, ein Vieh aus sich machen oder verhungern.

In England bauen die Bergwerkbesitzer Lesezimmer und Hallen für Vorträge, zu denen Jeder gegen eine nominelle Taxe zur Bestreitung der Kosten Zutritt hat. Hier braucht der Arbeiter dies nicht, denn während er arbeitet, kann er seinen Geist nicht mit etwas Anderem beschäftigen.

Die Organisationen haben mehr als alles Andere dazu beigetragen, daß Arbeitgeber und Arbeiter in nähere Beziehungen getreten sind. Zwei Jahre vor meiner Abreise wurde eine veränderliche Skala (Tarif) angenommen und Streiks sind Dinge der Vergangenheit (?). Die Arbeitgeber legen alle drei Monate ihre Bücher vor, und der von ihnen erzielte Preis bestimmt den Lohn für die nächsten drei Monate. Hier ist ihr Motto: „Nimm Alles, was Du bekommen kannst."

Die Eindrücke, die man aus diesen Antworten erhält, fand ich bestätigt durch persönliche Erkundigungen bei pennsylvanischen Bergleuten, die in Großbritannien gearbeitet hatten. Die Lage der Bergleute in Pennsylvanien ist seit mehreren Jahren immer schlechter geworden, während sie sich in England verbesserte. Der britische Bergmann arbeitet weniger Stunden im Tage, aber mehr Tage im Jahr. Er bekommt nicht so hohen Lohn in Geld, aber er bezahlt keine hohe Miethe und wird nicht durch „Kupfermich-Läden" beschwindelt.

Die allgemeine Thatsache ist, daß der Durchschnittslohn in den Vereinigten Staaten höher ist als in Großbritannien und daß die Lage der arbeitenden Klasse im Ganzen besser ist. Aber in allen jenen Berufsarten, in welchen wir uns zu Schutzzwecken besteuern, hat der englische Arbeiter den Vortheil.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 5. Januar 1887.

— **Die jammervollen politischen Zustände im heutigen Deutschland** haben sich nie deutlicher offenbart als in der neuesten „Entrüstungs-Bewegung" gegen den deutschen Reichstag. Daß diese von oben her inszenirte Bewegung ein klägliches Fiasko erlitten hat, ist dabei Nebensache, so etwas kommt auch anderwärts vor, das Beschämende liegt vielmehr darin, daß die ganze „Entrüstung" nicht nur Komödie, sondern eine Komödie in der Komödie war — eine Narrensposse, wie sie elender nicht gedacht werden kann. Hätte der Reichstag nur einen der Ehrentitel, die von den antisemitischen Knüppelhelden in Berlin, Leipzig, Kassel und wo immer gegen ihn geschleudert wurden, einigermaßen verdient, so wäre die Hetze gegen ihn doch, so schofel auch die dabei obwaltenden Motive, als ein Ausfluß politischen Lebens anzuerkennen, aber das grade Gegentheil ist der Fall. Der Reichstag war den Forderungen der Regierung in einer Weise entgegengekommen, die alles andere eher denn den Geist grundsätzlicher Opposition athmet, aber er hatte wenigstens den Schein einer zur Vertretung der Volks-Interessen berufenen Körperschaft wahren wollen, und dafür wurde der „Entrüstungssturm" gegen ihn entfesselt. Entrüstung, weil er von seinem Rechte den denkbar bescheidensten Gebrauch zu machen gewagt, Entrüstung weil er seine Pflicht nicht vollständig mit Füßen getreten. Daß man so etwas dem deutschen Volk zu bieten wagen durfte, daß namentlich das sogenannte Gelehrtenthum sich nicht schämte, aktiv daran Theil zu nehmen, das verräth eine so tiefe Stufe des öffentlichen Lebens, wie sie nur im Rom der Cäsaren ihres Gleichen findet. Und Cäsarenwahnsinn ist es ja auch, der den Anstoß zu dem „Sturm" gegeben. Cäsar-Bismarck verträgt keinen Widerspruch, und nicht der Wille, sondern nur die Macht dazu fehlt ihm, dem Reichstag das Schicksal des römischen Senats zu bereiten. Da sollte denn, unter dem Eindruck der angeblich drohenden Kriegsgefahr, das „Volk" auf die Bühne gerufen werden und seine eigene Unmündigerklärung vom Reichstag verlangen. Es hat sich zu dieser schäbigen Rolle nicht hergegeben, aber es hat doch geduldet, daß man sie ihm zumuthete, es hat es an dem energischen Protest fehlen lassen, der die einzig richtige Antwort auf diese Provokation gewesen wäre. Dazu hat es eben heute nicht mehr die Kraft, seit man der einzig thatkräftigen Partei im Volke, der Sozialdemokratie, durch ein nichtswürdiges Polizeigesetz, die Möglichkeit sich zu regen, genommen. Seit der Schaffung des Sozialistengesetzes datirt der Verfall des politischen Lebens in Deutschland, und alle Versuche, sich aus demselben emporzurütteln, sind fehlgeschlagen und werden fehlschlagen, so lange dieses Schandgesetz besteht.

— Von gut unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

p. **Die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Frankfurt** und preußische Umgegend hat neben dem polizeilichen Charakter der Maßregel auch noch eine politische Seite. Wie wir schon früher einmal ausführten, als die wiederholt in Aussicht gestellte Maßregel mit besonderer Lebhaftigkeit in Betracht gezogen ward, kam es der preußischen Regierung hauptsächlich darauf an, die hessische Regierung zur Verhängung des „Kleinen" über Offenbach zu veranlassen. Nicht daß man sich der Hoffnung hingegeben hätte, auf diese Weise den genannten Wahlkreis leichter den Sozialdemokraten zu entreißen — in Berlin weiß man sehr wohl, daß der „Kleine" nach dieser Richtung hin ganz unwirksam ist (siehe Hamburg, Leipzig-Land und Berlin); und man weiß dort weiter, daß Alles was von der Polizei gegen die Sozialisten gethan werden kann, auch ohne den „Kleinen" geschehen kann. Aber in Berlin weiß man auch, daß der „Kleine", wegen der zwecklosen Grausamkeiten und Chikanen, die er mit sich bringt, von den Arbeitern mit Gefühlen des konzentrirtesten Hasses betrachtet wird, und daß dieser Haß sich naturgemäß gegen die Regierungen richtet, welche diese „schneidigste Waffe des Sozialistengesetzes" in Anwendung bringen. Also in Hessen gegen die hessische Regierung, die um ihrer partikularistischen Tendenz willen in Berlin sehr schlecht angeschrieben steht. Die hessische Regierung mitsammt dem Großherzog zu diskreditiren und bei den eigenen „Unterthanen" verhaßt und verächtlich zu machen, das ist seit Jahrzehnten ein Ziel preußischer Politik. Wie Fürst Bismarck schon zu Anfang der Sechsziger Jahre über die hessische Regierung dachte und fühlte, kann Jedermann im „Poschinger" (Bismarck's Frankfurter Depeschen — vom seligen Bundesrath enthaltend) nachlesen. Und seitdem ist es nicht besser geworden. Die famose Kolemine-Geschichte war eine, in Berlin vorbereitete Falle, in welche der unglückliche Großherzog auch hineintappte. Und dieselbe bundesfreundliche Gesinnung, von der diese Falle gestellt ward, hat sich neuerdings bei der insolenten Behandlung gezeigt, welche dem „Battenberger", einem Neffen des hessischen Großherzogs, in Berlin zu Theil geworden ist.

Das Alles reicht jedoch für die preußischen Zwecke nicht aus, die auf die vollständige Unterjochung der hessischen Regierung hinauslaufen. Diese suchte die ihr drohende Gefahr durch die weitestgehende Nachgiebigkeit abzulenken und willigte vorigen Herbst bekanntlich in Alles, was die preußische Regierung und Polizei von ihr verlangte. Nur den Belagerungszustand wollte sie nicht verkünden. Sie weigerte sich energisch, und wies das wiederholt an sie gestellte Ansinnen zurück.

Die preußische Regierung gab darum ihren Vorsatz nicht auf. Weigerte sich die hessische Regierung, gleichzeitig mit der preußischen vorzugehen, so blieb nichts anderes übrig, als ohne die hessische vorzugehen und sie dann zum Nachgehen zu zwingen. Und das ist jetzt geschehen. Das preußische Gebiet, über welches der Belagerungszustand verhängt worden ist, schließt Offenbach vollständig ein, und der Kreis Offenbach wird in eine anormale, auf die Dauer gar nicht haltbare Lage versetzt. Die Folge wird sein, daß die Offenbacher Behörden von der belagernden preußischen Polizei so abgehetzt und traktassirt werden, daß sie es schließlich nicht mehr aushalten können, und die hessische Regierung ihren Widerstand fallen läßt. Dem Belagerungszustand in Offenbach wird der in Mainz und vielleicht auch in Darmstadt folgen; die Arbeitermassen, welche der Regierung einen gewissen Rückhalt gegen die preußische Polizeiwirthschaft geben, wenden sich natürlich gegen die Regierung, die den Belagerungszustand proklamirt hat; die preußische Polizei — denn die gesammte politische Polizei Deutschlands wird bekanntlich von Berlin aus geleitet — ist unbeschränkte Meisterin in Hessen, und die preußische Regierung hat ihren Zweck erreicht, die hessische Regierung politisch mundtodt zu machen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit blos darauf hinweisen, daß auch der Verhängung des Belagerungszustandes über Leipzig und über Hamburg ähnliche Motive zu Grund gelegen haben.

Daß es sich, abgesehen von diesen politischen Erwägungen, bei dem „Kleinen" hauptsächlich um die Zerstörung von Existenzen handelt, das brauchen wir unseren Lesern nicht zu sagen. Und wir brauchen ihnen auch nicht zu sagen, daß die Frankfurter Polizei, welche durch die Schule eines Rumpff gegangen ist und den Morbhallunken Meyer zu ihren geachtetsten und geehrtesten Mitgliedern zählt, mit raffinirter Wollust sich der in ihre Hand gelegten Macht bedient, um unschuldige Menschen zu Grunde zu richten. Wir können es jetzt nicht hindern und legen es zu dem Uebrigen.

— **Der Geldsack, der Geldsack!** Seitens der Deutschfreisinnigen ist der Vorschlag gemacht worden, die zur Deckung der erhöhten Militärausgaben nöthigen Summen durch eine **Reichseinkommensteuer** auf die größeren Einkommen — etwa von 10,000 Mark an — zu decken. Motivirt wird dieser Vorschlag folgendermaßen:

„Der gesteigerte Steuerdruck trifft die dürftigen oder gar nothleidenden Klassen mit den indirekten Steuern immer verhältnißmäßig am stärksten. Es ist daher durchaus richtig, in erster Linie an eine Deckung der neuen hohen Lasten durch die besitzenden Klassen zu denken, welche vorzugsweise der Militärvorlage ohne Weiteres zustimmen, die neuen Lasten aber leicht nehmen, weil sie von denselben nicht betroffen werden. Denn die Söhne dieser Klassen dienen entweder als Berufsoffiziere, und haben dann in Folge der Vorlage sogar Vortheile, ein um so rascheres Avanzement mit höheren Ehren und Besoldungen zu erwarten, oder die Söhne dieser Klassen dienen nach wie vor als Einjährig Freiwillige und werden also in Folge der neuen Vorlage weder durch stärkere Aushebung noch durch verlängerte und erschwerte Dienstzeit betroffen. So in Bezug auf die persönliche Dienstpflicht und Dienstzeit und die Dienstkosten. Aber auch bezüglich des gesteigerten Staatsaufwandes für die Armee werden die betreffenden Klassen, wofern der Aufwand durch indirekte Steuern gedeckt werden soll, bei der Art der noch in Betracht kommenden indirekten Steuern so gut wie gar nicht getroffen".

Als ernstgemeinter Antrag verwerflich, weil eine nicht zu billigende Halbheit, hat er als politisches Manöver sich vortrefflich bewährt. Denn mit einer Entrüstung, die diesmal nicht Komödie war, hat sich dieselbe Meute, welche nicht pathetisch genug gegen den Reichstag donnern konnte, weil er gezaudert, dem Volk ohne Weiteres neue Lasten aufzubürden, gegen dieses Attentat auf den Geldbeutel der reichen Leute gewendet. Die Herren Antisemiten vergassen ihren Haß gegen das mobile Kapital und nannten den Antrag sozialdemokratisch, die Nationalliberalen aber, die die Reichseinheit auf ihre Fahne geschrieben, fanden, daß er gegen den föderalistischen Charakter des Reichs verstoße. Besser konnte diese Gesellschaft ihren „flammenden Patriotismus" nicht charakterisiren als durch dieses offene Eingeständniß, daß er da aufhört, wo es sich um den eignen Geldsack handelt.

— **Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte,** welche in dem sogenannten Leipziger „Aufruhrprozeß" vom Landgericht Leipzig gegen die Verurtheilten beschlossen wurde, hat selbst in juristischen Kreisen Aufsehen erregt. Und es ist unzweifelhaft auch ein Beschluß, der sich moralisch nicht rechtfertigen läßt. Aber, wir gestehen, wir legen der Sache nur eine sehr untergeordnete Bedeutung bei — im Vergleich zu der sonstigen Monstrosität jenes Urtheils. Und neu ist eine derartige Praxis ja auch nicht. Wurde doch schon im Jahr 1872 Bebel das Reichstagsmandat „aberkannt", weil er eine Majestätsbeleidigung verübt haben sollte. Jene Aberkennung des Mandats war allerdings nicht gleichbedeutend mit der Aberkennung des bürgerlichen Ehrenrechts, und sie verhinderte nicht, daß Bebel bei der nothwendig gewordenen Neuwahl mit größerer Majorität, als vorher, wiedergewählt wurde — aber etwas Aehnliches war es doch. Was uns weit mehr empört, ist die Verurtheilung zu Zuchthaus — eine Form der Verurtheilung, welche nur unter der Bedingung erfolgen darf, daß der Verurtheilte die ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen aus „ehrloser Gesinnung" verübt hat. Die Handlung war in diesem Fall bekanntlich, daß ein rothes Tuch als Emblem der Sozialdemokratie aufgesteckt ward, und ein paar Polizisten (noch obendrein nicht in Uniform), welche das Tuch gewaltsam entfernen wollten, eine Tracht Prügel erhielten. Worin liegt da die Ehrlosigkeit? Die rothe Farbe ist mindestens so ehrenhaft als die schwarzrothweiße; und einen Polizisten, der sich an einem rothen Banner vergreift, durchzuprügeln, ist mindestens ebenso ehrenhaft, als einen Franzosen todtzuschlagen, der die Hand nach einer schwarzweißrothen Fahne ausstreckt. Die Auffassung der Richter erklärt sich bloß, wenn wir annehmen, daß sie die Sozialdemokratie selbst als etwas Ehrloses, und das Aufpflanzen eines sozialistischen Emblems als ehrlose Handlung auffassen. Eine andere Erklärung gibt's in der That nicht. Und sie ist auch zutreffend. Unter Anführung des Reichsgerichts haben unsere deutschen Richter sich nachgerade in den hündischsten Servilismus derart hineingearbeitet, daß sie den Begriff der Ehre und der Ehrenhaftigkeit mit dem des Servilismus identifiziren und folgerichtig, indem sie sich selber das Monopol der Ehre und Ehrenhaftigkeit zusprechen, jedem, der nicht ihre Servilität theilt, die Ehrenhaftigkeit absprechen. Es gehört dies zu jenem System potenzirter Heuchelei, welches das Laster in Tugend und die Tugend in Laster verwandelt, den Sinn der Worte umdreht, das Recht zu Unrecht, das Unrecht zu Recht stempelt, und schließlich auch konsequenterweise der Ehre den Mantel der Ehrlosigkeit, der Ehrlosigkeit den der Ehre umhängt.

Nun — wir deuten dem System und seinen Trägern blos nach der Stirn. Sie trägt das flammende Brandmal der Schande — jenes nie verlöschende Brandmal, das die Unsterblichkeit der Infamie sichert.

— **Einen Beschluß, der einer Republik Ehre macht,** hat die schweizerische Bundesversammlung in den letzten Sitzungen des abgelaufenen Jahres gefaßt: sie hat die Mittel bewilligt für die Errichtung eines schweizerischen **Arbeitersekretariats,** und zwar eines von der organisirten Arbeiterschaft selbst zu erwählenden.

Wir lesen darüber in der letzten Nummer des „Grütlianer":

„Das Arbeitersekretariat ist gesichert. Das Zentralkomite des Grütlivereins hat dieser Tage vom Bundesrath die Mittheilung erhalten, daß seinen Petitionen betreffend Schaffung eines Arbeitersekretärs entsprochen sei. Die für das erste Jahr, d. h. für etwa 6—7 Monate, während denen das Sekretariat noch wird funktioniren können, ausgeworfene Summe beträgt 5000 Franken.

Die Organisation geschieht in folgender Weise: Das Zentralkomite wird eine Delegirtenversammlung der sämmtlichen schweizerischen Arbeitervereine, resp. ihrer Komittirten einberufen. Diese Versammlung wählt ein Komite, in dem die Hauptverbände und Arbeitsbranchen, ebenso die Hauptlandessprachen vertreten sind, das Komite wählt sodann den Arbeitersekretär. In der Abgeordnetenversammlung wird auch das Reglement festgestellt. Dieses wie die Wahl des Sekretärs unterliegt der Genehmigung des Tit. Bundesraths. Das Komite, dessen Mitglieder über die ganze Schweiz zerstreut sind, wird naturgemäß jährlich nur einmal, höchstens zweimal sich besammeln können und sich hauptsächlich mit der Feststellung des Arbeitsprogramms des Sekretärs beschäftigen müssen. Dem Tit. Bundesrath ist von den Sitzungen desselben Kenntniß zu geben, damit er wünschendenfalls durch einen Beamten mit berathender Stimme sich bei demselben vertreten lassen kann. Die Aufsicht über das Institut im engeren Sinn wird der Leitung des Komites anvertraut werden; diese gehört billiger Weise der Abordnung des Grütlivereins resp. seines Zentralkomites. Für den Sekretär wird ein jährlicher Gehalt von Fr. 4000 vorgesehen; derselbe muß bei diesem Gehaltsansatze eine gründliche Bildung, volle Kenntniß der Arbeiterverhältnisse und der Statistik haben und das Vertrauen der Arbeiter genießen.

Das Sekretariat ist geeignet — fährt der „Grütlianer" fort —, für das Vorgehen der Arbeiterschaft einen festen Boden zu schaffen und so den Nachdruck ihrer Forderungen mächtig zu verstärken; es wird namentlich auch die Fragen der Arbeiterversicherung abklären; seine Bedeutung gewinnt dadurch wesentlich, daß es zum Munde der gesammten schweizerischen Arbeiterschaft wird. Wird die Arbeit richtig an die Hand genommen, so datiren wir vom Zustandekommen des Sekretariats an eine neue Epoche der schweizerischen Arbeiterbewegung.

Die Organisation des Arbeitersekretariats wird in ihren Grundzügen vollkommen analog sein derjenigen des Gewerbesekretariats u. s. w. Der Sekretär hat auf Wunsch des Bundesrathes Fragen, die in sein Fach einschlagen, zu begutachten; über die Verwendung des Geldes ist belegte Rechnung zu stellen und für das folgende Jahr jeweilen ein Voranschlag aufzustellen. Der Sekretär wird ein wirklicher Arbeitersekretär, das heißt er gelangt vollständig unter die Aufsicht und zur Verfügung der Arbeiter."

Unser Bruderorgan, die „Arbeiterstimme", warnt vor Ueberschätzung dieses Erfolges, und wir stimmen ihr darin zu. Aber immerhin ist es ein Erfolg für die schweizerische Arbeiterschaft und, wie gesagt, eine Neuerung, die der Schweiz Ehre macht.

Wie vortheilhaft unterscheidet sich dieses Entgegenkommen auf eine Forderung der Arbeiter von dem hundsgemeinen Vorgehen der deutschen Behörden gegen die organisirten Arbeiter! Das mächtige deutsche Reich mit seinen Millionen von Bajonnetten und seinen Krupp'schen Kanonen kann nicht bestehen, wenn die Arbeiter Vereine nach ihrem Ermessen bilden dürfen. Es löst sie auf, es unterbindet ihnen die Lebensadern, es erklärt sie für „staatsgefährlich". Die kleine Republik, über deren Volksheer jeder deutsche Laffe, der seinen geliebten Drill hier vermißt, faule Witze reißen zu müssen glaubt, hat die Arbeitervereine nicht zu fürchten. Was diese auch unternehmen mögen, es wird, solange nicht Puttkamer oder Puttkämerlinge dieselbe regieren, nie gegen den Bestand der Republik gerichtet sein. Das Institut der „Reichsfeinde" ist das Produkt der Reichsmacher und Reichsregierer.

— **Der Austritt der deutschen Abgeordneten aus dem böhmischen Landtage** wirbelt auch in Deutschland in der Presse viel Staub auf. Der Austritt erfolgte, als über den gegen einen Erlaß des Justizministers Prazak — wonach bei den obersten Gerichten die Eingaben, Protokolle u. A. in Prozeßsachen in derjenigen Sprache erfolgen sollen, in welcher die Klageschrift in erster Instanz eingereicht worden — gerichteten Antrag der Deutschen von der tschechischen Mehrheit zur Tagesordnung übergegangen worden war. Es handelt sich also weniger um eine Unterdrückung des Deutschthums, als um eine Verdrängung desselben aus einer bisher innegehabten Machtposition, wie denn überhaupt der ganze Sprachenstreit nur ein Machtstreit ist, der in erster Reihe die Bourgeoisie und Bureaukratie angeht, und in den die Arbeiterklasse nur durch künstlich genährte Verhetzung hineingezerrt worden ist. Wir müssen das immer wieder feststellen, damit sich unsre Genossen in ihrem Urtheil nicht durch die fast durchgängig im Sinne der deutschnationalen Hetzer tendenziös gefärbten Berichte in der deutschen Tagespresse beirren lassen.

Wir stehen keineswegs auf Seiten der Tschechen, deren beständiges Anwinseln des Henkers von Gatschina uns vielmehr gründlich anwidert, und wollen deren hetzerisches Gebahren gegen alles, was deutsch ist, gewiß nicht beschönigen, wir sind auch durchaus der Meinung, daß es für die Entwickelung beider Völker besser wäre, die Tschechen lernten deutsch, als daß sich ein antideutsches Gebiet zwischen Deutschösterreich und dem nördlichen Deutschland drängte, aber grade deshalb lassen wir uns von den deutschnationalen Hetzern nicht ein X für ein U machen, und können auch unsern Genossen nur empfehlen, dem Geschrei über „Unterdrückung des Deutschthums" gegenüber den Kopf kühl zu behalten. In Böhmen wird etwas ganz anderes unterdrückt als das Deutschthum, nämlich die selbständige Arbeiterbewegung, und dazu reichen sich deutsche und tschechische Ausbeuter die Hand. Wie aus der neuesten Nummer der Wiener „Gleichheit" hervorgeht, urtheilt das Prager Oberlandesgericht in allen Sozialistenprozessen nach genau denselben rechtsgaunerischen „Grundsätzen" wie das deutsche Reichsgericht im Freiberger Prozeß. Wir wissen nicht, ob dieser Gerichtshof bereits tschechisirt oder noch in „deutschen" Händen ist, jedenfalls hat bisher kein einziges deutschliberales Blatt Veranlassung genommen, gegen seine „Rechtssprüche" Verwahrung einzulegen. Den Arbeitern aber kann es wahrlich gleich sein, ob sie von deutschen oder von tschechischen Rechtsgaunern um ihr Recht betrogen werden. Sie werden sich dasselbe im Widerstand gegen beide zu erkämpfen haben.

— **Was wird nun an die Reihe kommen?** Nachdem vor einiger Zeit die wichtige Frage nach der Lieblingssuppe des deutschen Kaisers zur Befriedigung aller gutgesinnten deutschen Unterthanen ihre Erledigung gefunden, ist jetzt auch die brennende Frage unserer Zeit: „Raucht Kaiser Wilhelm?" zur Entscheidung gelangt. Wir finden darüber in der nationalserviles „Elberfelder Zeitung" folgende wunderschöne Notiz:

„Raucht Kaiser Wilhelm? Auf diese gewiß weitere Kreise interessirende Frage finden wir die Antwort in einem Schreiben, welches aus dem Zivilkabinete des Kaisers durch den Wirkl. Geh. Rath v. Wilmowski an den „Zentralverein für Handelsgeographie" gerichtet worden ist. Durch Vermittlung des genannten Vereins, der dem Kaiser gleichzeitig einen Katalog der 1886er südamerikanischen Ausstellung überreichen ließ, hat der Aussteller Herr Aug. Krauel aus Belgrano (Buenos-Aires) eine Probe der von ihm in der erwähnten Ausstellung zur Schau gebrachten Zigarren an den Kaiser übersandt. Der letztere stattet nun dafür in einem an den „Zentralverein für Handelsgeographie" gerichteten Schreiben seinen verbindlichsten Dank ab. Dann heißt es weiter: „Da Se. Majestät jedoch nicht rauchen und deshalb die sicher vorzüglichen Zigarren persönlich nicht zu würdigen vermögen, haben Allerhöchstdieselben solche Allerhöchstihrem Enkel, dem Prinzen Wilhelm von Preußen Kgl. Hoheit, zu verehren geruht." Der deutsche Kaiser ist also Nichtraucher."

Die „weiteren Kreise" werden sich hoffentlich damit nicht beruhigen, sondern weiter forschen: Schnupft Kaiser Wilhelm? Kaut er Tabak? U. s. w. u. s. w. Nur so beweist man die deutsche Gründlichkeit und die deutsche — Hundsknechtigkeit.

Nur eine Frage wird streng verbeten: Schnapft Kaiser Wilhelm, und wie viel?

— **Unwetter.** Unter diesem Titel wird uns geschrieben:

Ganz Deutschland liegt unter Schnee und Eis, aber die Luft ist noch nie so schwül gewesen als eben jetzt. Das Drängen des erwachenden Volksgeistes, der nach Luft und Licht ringt, und der eiserne Gegendruck der Gewalthaber erzeugen Hitze, über der so erhitzten Atmosphäre schwebt die dunkle Wolke des Krieges — von allen Seiten scheint die Luft schon von dem herannahenden Donner der Geschütze durchzittert. Wer schauderte nicht vor dem Worte „Krieg"? Wer sähe nicht im Geiste dabei Leichen auf Leichen gehäuft, brennende Städte und Dörfer, weinende Frauen und Kinder, Hunger, Verzweiflung, Krankheit, Elend, zahllose Leiden überall? Aber warum sollen wir Krieg haben? Wer will denn den Krieg? Wer hat Nutzen vom Kriege? Die Völker? Nein, sicher nicht, die haben nur ihr Leben zu opfern und mehr Steuern zu zahlen, zu denen noch, im Fall der Krieg unglücklich ausfällt, die Kriegskontributionen kommen — von eroberten Milliarden bekommen sie nichts zu sehen. Zum Vortheil sind die Kriege nur den Fürsten, Ministern, Banquiers, Lieferanten, Offizieren, und allen den Herren und Herrischen, die drum und dran hängen. Die brauchen Krieg, und die wissen, wie man den Krieg macht. Die Presse ist gefügig, sie wird von oben her bezahlt, und dann bringt ihr der Krieg auch gewisse Vortheile, denn die Zeitungen werden begieriger gelesen und gekauft.

So liegt es in ihrem Interesse, den Krieg als eine Nothwendigkeit (für die weder sie selbst noch irgend ein Minister jemals im

Stande gewesen ist, die Gründe anzugeben) schon lange im Voraus zu verkündigen, wie man es von obenher befiehlt, um die Völker an den Gedanken zu gewöhnen, und sie durch Wiederholung statt durch Gründe zu überzeugen. Dann ist nur noch, wie im Jahre 1870, ein Knalleffekt nöthig. Damals ging durch alle französischen Blätter die Kunde, der Kaiser Wilhelm habe Benedetti schwer beleidigt, und das französische Volk schluckte pflichtschuldigst die Nachricht herunter und begann einzusehen, daß der Krieg unvermeidlich sei, denn Deutschland wolle ihn. Durch die deutschen Blätter aber ging die Nachricht, der Kaiser Wilhelm sei von Benedetti schwer beleidigt worden, und das deutsche Volk schluckte auch pflichtschuldigst die Nachricht herunter und begann auch einzusehen, daß der Krieg unvermeidlich sei, denn Frankreich habe angefangen. So führte man die Völker an der Nase herum, opferte eine halbe Million Menschen und machte den Heldengreis zum Kaiser von Deutschland. Die Prinzen und Ministerfeldherren wurden durch die Dotationen zu reichen Leuten, die Banquiers verdienten Millionen, die sie durch ihre Spekulationen den Völkern abknöpften, die Lieferanten machten glänzende Geschäfte, die Offiziere bezahlten ihre Schulden, kurz, alle die oben schwimmen, schwammen in Wonne. Das Volk bezahlte mit Gut und Blut. Man hatte eine Krankheit heraufbeschworen, um ihm bequemer Schröpfköpfe ansetzen zu können.

Jetzt haben wir dasselbe Schauspiel vor uns, der Knalleffekt muß nur noch kommen. Aber er wird sicher kommen, denn Besitz von Macht macht ehrgeizig, und schon allein die alte Puppe im Schlosse zu Berlin läßt sich leicht vorreden, wie hübsch es wäre, wenn sie noch ein Bischen Heldengreis spielte, ehe sie in den Himmel kommt. Wo Geld ist, da wächst die Sucht nach Geld, und alle die Offiziere in Frankreich, Rußland und Deutschland haben wieder eine Masse drückender Schulden. Ob der Krieg nun glücklich ausfällt oder nicht, bezahlt werden sie immer, wenn er nur überhaupt kommt; ebenso verdienen die Banquiers und Lieferanten immer, und wenn die Ministerfeldherren keine Dotation bekommen, nun, so verlieren sie auch nichts. Da wird das russische und französische Volk auf den drohenden Wald von Bajonetten hingewiesen, und in Deutschland wird auf das Rachegeschrei der französischen „Presse" aufmerksam gemacht (die vielleicht mit deutschem Gelde bezahlt ist) und es wird gesagt: „Rußland rüstet." Und die Völker?

Die dummen Völker lassen sich noch immer wieder auf's Glatteis führen, glauben noch immer wieder: „Der Nachbar wolle Krieg, der Nachbar sei ihr Feind"...

Darum öffne jetzt endlich einmal Deine Augen, Du langmüthiger, geduldiger deutscher Michel, mache Dir klar, daß es Deine Haut ist, die man im Begriff steht, wieder zu Markte zu tragen, daß die hohen Herrschaften sich mit Deiner blutigen und zerfetzten Haut vor den feindlichen Kugeln schützen werden, und daß es schließlich Deine Haut ist, in die man sich theilen wird. G.

— **Zwei dekorirte Ehrenmänner.** Wir leben nicht umsonst im Zeitalter der Humanität. Ehedem wurden die Schurken gehängt, jetzt werden sie nur behängt — mit Orden natürlich. Das ist eine so bekannte Thatsache, daß man von einer solchen nur dann Akt nimmt, wenn es sich um ein besonders hervorragendes Mitglied dieser sauberen Zunft handelt. In dieser Lage befinden wir uns heute.

Bei der Ordensbewerfung, die zu Neujahr im Staate Bayern vorgenommen wurde, sind zwei Männer bedacht worden, denen wir diese Auszeichnung von Herzen gönnen.

Der Erzengel Michael gilt in der katholischen Kirche als der Bekämpfer Satans, des Gottes der Lüge. Es ist daher ganz in der Ordnung, daß Gehret-Michel, dessen platonische Liebe für die Wahrheit sprichwörtlich geworden, von Luitpold dem Bismarckfromm, „das Ritterkreuz II. Klasse des Verdienstordens vom heiligen Michael" erhalten hat. Vom heiligen Stöcker wäre freilich auch nicht übel gewesen.

Die Träger der bayrischen Krone sind berühmt wegen ihrer Vorliebe für's „Klassische". Ganz besondere Verdienste hat sich nun in dieser Beziehung Herr **von Burchtorff**, gegenwärtig Regierungspräsident von Oberfranken, allwo er alle Versammlungen der bösen Sozialisten erbarmungslos unterdrückt, erworben.

In München, der Stätte, wo er lange Jahre als Polizeidirektor sich ausgezeichnet, genoß er ganz besondere Verehrung als Veranstalter der klassischen Bälle, von Ungebildeten „nakte Bälle" genannt, im Wittelsbacher Palais.

Dieser so verdiente Mann erhielt daher auch das „Komthurkreuz II. Klasse des Verdienstordens der bayrischen Krone."

Dem Verdienste sei Brandmal!

— **Weitere Stimmen der sozialistischen Presse über den Krieg.** Das „Proletariat", Organ des sozialistischen Arbeiterverbandes von Frankreich, bringt in seiner neuesten Nummer einen Leitartikel über die Kriegsfrage, der mit folgenden Worten schließt:

„Wir gehören zu Denen, die da glauben, daß die Interessen der Völker sehr verschieden von denen ihrer Herrscher sind. Die französischen Arbeiterdelegirten, welche das Ausland besucht haben, haben sicher die glühenden Sympathiebezeugungen, die ihnen entgegengebracht worden, noch nicht vergessen.

Ebenso fest sind wir überzeugt, daß die Umgestaltung der bestehenden Monarchien in Republiken sowie das Bündniß der freien Völker des Kontinents, den Metzeleien und Schrecken, Krieg genannt, ein Ende machen wird.

Deshalb rufen wir so laut, daß unsere Stimme in Frankreich und überall gehört wird: Die Arbeiter Frankreichs wollen den Frieden!

Die Arbeiter, die mehr wie jeder andere, den Ruhm einiger Generäle mit ihrer Haut bezahlen müssen, sind fest entschlossen, den niederzuwerfen, der versuchen sollte, unser Land aus seiner politischen Bahn, die es streng zu befolgen gedenkt, heraus zu drängen.

Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Die Londoner „Justice" schreibt unter der Ueberschrift: „Was der Krieg bedeutet": ... „Und der Krieg würde jetzt kaum ermangeln, eine allgemeine Feuersbrunst zu bedeuten. Von dem einen Ende Europas und Asiens bis zum andern, von Irland bis China und von Schweden bis Egypten würden sich bald die Flammen ausbreiten. Sind wir Sozialdemokraten hier und anderwärts bereit, Vortheil aus dem, was sich vollziehen kann, zu ziehen? Wir sind es nicht; es wäre unnütz, zu sagen, daß wir es sind. Wir fürchten, daß der Krieg, selbst wenn er — was wir hoffen — zur Unterdrückung der russischen Regierung führte und Frankreich ungeschädigt ließe, zur Zeit nur die Reaktion nach sich ziehen würde. Nichtsdestoweniger müssen wir allerorts wachsam auf Posten sein und uns soviel als möglich bereit halten, zu handeln, wenn sich eine günstige Gelegenheit darbietet."

Inzwischen ist die Situation wieder ganz friedlich geworden. Eine Regierung nach der andern betheuert ihre friedfertige Gesinnung, jede erklärt, sie werde es unter keinen Umständen sein, die anfängt. Dessen ungeachtet wird fieberhaft weitergerüstet — auf Mord!

— **Von Nah und Fern.** Wieder Einer! Staatsanwalt **Groschuff** (lies Groß schuft) in **Altona**, ein Streber schlimmster Sorte, soll, wie man uns von dort mittheilt, jetzt als **Oberlandesgerichtspräsident** nach **Kiel** befördert worden. Warum nicht lieber gleich an's Reichsgericht zu „Kollege" Mittelstädt? Da wäre sein würdigster Platz — von noch höherer Beförderung, die er reichlich hat, abgesehen. — Das Reichsgericht hat übrigens neulich anstandshalber — einmal ist keinmal — der Logik nicht in's Gesicht geschlagen und erkannt, daß das Vorlesen aus einer verbotenen Druckschrift nicht einem Verbreiten derselben gleichkomme. In der unabhängigen deutschen Presse wird dieses Erkenntniß mit Recht als ein Wunder gefeiert. Wer hätte auch von der Reichs-Rechtsgauneradademie erwartet, daß sie 2 × 2 nicht für 5 proklamire? Diese Schwäche läßt sich nur aus der Nähe der Debatte über das projektirte neue Reichsgerichtsgebäude erklären. — Dem Bauerngutsbesitzer Heinrich in Neuendorf (Kreis Teltow bei Berlin) ist vom Landrath des Kreises die Bestätigung zum Ortsvorsteher versagt worden, weil er — zu jung sei. Berliner Blätter heben hervor, daß der Mann nahezu so alt sei wie Herbert Bismarck, als er Gesandter in London und bald darauf Staatssekretär im auswärtigen Amt wurde — nämlich 33 Jahre. Wahrscheinlich gehört eben zum Ortsvorsteheramt mehr Verstand als zu den genannten Posten. Braucht man ja auch ein weit höheres Alter, um Bähler als um regierender König oder Kaiser werden zu können.

Also nil admirari — über nichts gewundert, wie schon der biedere Horaz sagte. Es ist alles vortrefflich geordnet in dieser besten aller möglichen Welten. — Der famose Schneider Grünneberg ist nunmehr reumüthig zu Stöcker zurückgekehrt. Dabei ist nichts Wunderbares, denn der Jammerkerl lebt halt von der „Reue". Interessant ist nur seine im „Reichsbote" veröffentlichte Erklärung, worin er — natürlich reumüthig — gesteht, daß er „im Prozeß Bäcker manche Thatsache in allzu scharfes Licht gestellt", um ebenfalls sich „an Herrn Hofprediger Stöcker zu versündigen". Daß „allzuscharfes Licht" über gewisse Dinge eine Sünde gegen Herrn Stöcker ist, glaubten wir dem räu- — pardon, reuigen Burschen auf's Wort.

In **Solingen** haben Ende vorigen Monats 34 Sozialisten ihren Austritt aus der Landeskirche erklärt. Weitere Austritts-Erklärungen sind angekündigt. Recht so; wer mit dem kirchlichen Glauben gebrochen hat, soll auch der Kirchengemeinschaft den Rücken kehren. Je größer die Zahl der Freidenker, um so mehr wird die Gesetzgebung auf sie Rücksicht nehmen müssen. — In **München** haben unsere Genossen in der Festwoche einen Neujahrsgruß an die Wähler der Reichstagswahlkreise München, der namentlich scharf mit den Ultramontanen in's Gericht geht, in großer Anzahl verbreitet. Bravo! — In **Berlin** fabrizirten die vereinigten Antisemiten, Konservative, Nationalliberale und ähnliches Bedientenpack am 28. Dezember im Tivolisaale eine „große" Entrüstungsdemonstration, in der alle Opponenten unter Mitwirkung der Polizei auf's brutalste niedergeknüppelt wurden. Ganz besonders zeichnete sich die „patriotische" Studentenschaft, die natürlich nicht fehlen darf, wo es sich um ein Lakaienstück handelt, durch ihr rohes Benehmen aus. Bismarckisches „Volk", das den Bonapartistischen Dezembermännern gleicht wie ein Misthaufen dem andern. Daß dies Gesindel bei jedem Staatsstreich mit Wollust die Hand bieten würde, ist jeden Tag in seinem Moniteur, dem „Deutschen Tageblatt" zu lesen. Und je schurkischer, um so besser. — Der unter Mitwirkung unseres Genossen Pfannkuch in Kassel herausgegebene „Hessische Volksfreund" ist auf Grund des Schandgesetzes verboten worden. Ob der famose Landrath von Hanau nicht dahinter steckt? „Unser Bill" kann die Presse so wenig leiden wie sein Vater das Geld — in Anderer Hände.

In **Rußland** regt es sich wieder. Revolutionäre Flugblätter und Plakate sind verbreitet worden, und gelegentlich der Gedächtnißfeier des vor 25 Jahren verstorbenen revolutionären Schriftstellers Dobrolijukow kam es geradezu zu einer revolutionären Demonstration. Meist erfährt man freilich in diesem geknechteten Lande von freiheitlichen Regungen erst, wenn die Polizei mit ihrer brutalen Faust dazwischenfährt. In diesem Sinne nehmen wir die Mittheilung der „Daily News" aus Petersburg auf, daß es der Polizei gelungen sei, eine weitverzweigte Verbindung nihilistischer Natur unter den Arbeitern in den Provinzen Petersburg, Moskau und Wladimir, wo die größten russischen Fabriken zu finden sind, zu entdecken. Die bereits erwähnten ernsten Ruhestörungen, welche vor einigen Tagen in drei Fabriken unweit Petersburg stattfanden und das Einschreiten von Militär nothwendig machten, heißt es weiter, sollen auf die Thätigkeit jener Verbindung zurückzuführen sein. Zahlreiche Arbeiter seien verhaftet worden, aber keine Rädelsführer, von denen die bedeutendsten im Auslande zu wohnen scheinen. Auch unter den Studenten seien viele Verhaftungen vorgenommen worden. Daß die russischen Arbeiter vielfach anfangen, sich für das politische Leben zu interessiren, ist eine uns längst bekannte Thatsache. Die Notiz hat also nichts Unwahrscheinliches an sich. Natürlich ist aber das Wort nihilistisch aus dem Polizeijargon in politisch-revolutionär zu übersetzen. Nihilisten gibt es in Rußland nur in den Regierungskreisen.

— **Oesterreich.** Der erste Akt des Dramas, schreibt die Wiener „Gleichheit," welches mit den „sensationellen Enthüllungen" über anarchistische Umtriebe, die im Oktober ganz Europa in Schrecken setzten, begann, hat seinen Abschluß vor dem Ausnahme-Gericht gefunden.

„Der Gerichtshof erkannte drei Angeklagte schuldig des Verbrechens der Münzverfälschung und des Diebstahles, beziehungsweise der Theilnehmung an letzterem und verurtheilte Otto Steidl zu fünf, Johann Ondriczek und Josef Paul Schwarz zu je drei Jahren schweren Kerkers, verschärft durch einen Fastag monatlich. Ueberdies wurde die Zulässigkeit der Stellung unter Polizei-Aufsicht ausgesprochen.

„Der Begründung ist zu entnehmen, daß der Gerichtshof sich kompetent fand, da Steidl zweifellos der anarchistischen Partei angehöre und die Münzverfälschung „zweifellos anarchistischen Zwecken" dienen sollte. Hingegen hat der Gerichtshof die größere Gefährlichkeit, welche den höheren Strafsatz rechtfertigen sollte, nicht gefunden.

„Die Angeklagten machten den Eindruck von ehrlichen Leuten, deren Thatendrang, durch den absoluten Mangel an Klarheit über ihre Ziele, sowie über die Mittel zur Erreichung derselben sie auf Abwege führte. Es ist tieftraurig, wenn man sieht, wie Opfermuth und Hingebung umsonst vergeudet wird, wenn ein Mensch wie Otto Steidl, dem selbst die Richter und der Staatsanwalt eine gewisse Sympathie nicht versagen können, der der Sache der Menschheit wichtige Dienste leisten könnte, mißleitet von Unverstand und blindem Fanatismus, die soziale Frage mittelst Falschmünzerei lösen will. Und dabei ist dieser „Anarchist" ein so grundnaiver Mensch, daß er den ersten Besten, den er zum ersten Mal im Leben sieht, einem gewissen Wilhelm Bachzelt, Graveur, auf's Genaueste seine Pläne mittheilt, einem Menschen, der von der Vertheidigung als „Agent provocateur" bezeichnet wird. In der That ließ sich dieser Mensch mit Steidl in die genauesten Erörterungen ein, über die Methode, Silbergulden, billig zu erzeugen und über die Zwecke, zu denen das Geld verwendet werden soll, und das nur mit der festen Absicht, der Polizei davon Mittheilung zu machen, ja wahrscheinlich nach Ausführung dieses seines Vorsatzes. Man fragt sich entsetzt, welches Interesse hatte dieser Mensch, bei Gericht „unter seinem Eide" mit einer Art wilder Begeisterung den Steidl zu bezichtigen, „er habe die Ringstraße in die Luft sprengen wollen?"; eine Angabe, die nicht einmal der Staatsanwalt als wahr annahm! Mit solchen Elementen, wie dieser Herr Bachzelt, kommt jede konspiratorische Thätigkeit naturgemäß in Beziehung. —

„Der Versuch des Staatsanwalts, die Angeklagten als Werkzeug irgendeiner dahinterstehenden „anarchistischen" Partei darzustellen, mißlang gänzlich. Selbst der Gerichtshof konnte nicht umhin, die That, oder vielmehr den Versuch, eine solche zu begehen, als das Werk Einzelner anzusehen und hat daher „die besondere Gefährlichkeit" nicht anerkannt.

„So lange nicht die äußere und innere Möglichkeit gegeben ist, sozialistische Ziele in offener Weise, mittelst offener Organisation zu verfolgen, werden einzelne Menschen immer der Selbsttäuschung anheimfallen, durch einzelne Gewaltstreiche etwas Ersprießliches für die Befreiung des Proletariats leisten zu können. Der „Anarchismus" kann nur durch die Sozialdemokratie überwunden werden! Sie allein kann die klare Einsicht in den ökonomischen Prozeß und den aus ihm folgenden geschichtlich nothwendigen Verlauf der Dinge vermitteln und dem Proletariate die richtigen Gesichtspunkte und die allein richtige Kampfmethode vorzeichnen!"

— Aus **Frankreich.** Paris, den 1. Januar. Gestern feierte der hiesige deutsche sozialistische Leseklub in der „Salle du Sidolo" sein Weihnachtsfest; dasselbe war überaus zahlreich besucht, es waren mehr wie 400 Personen anwesend. Das ganze Fest verlief überaus glänzend.

Ein deutscher Genosse hielt die mit vielem Beifall aufgenommene Festrede; als zweiter Redner trat der französische Genosse Rolin auf, seine zündende Rede, worin er namentlich gegen den Chauvinismus losdonnerte, war ausgezeichnet. Daß er aus dem Herzen sämmtlicher Anwesenden gesprochen hatte, bewies der große Beifall, der ihm zu Theil wurde. Der „Cri du Pouplo" war durch die Genossen E. Massard, Duc-Quercy und Berlot vertreten, der „Socialiste" durch Genosse Gabriel Deville. Das Fest, welches bis zum frühen Morgen dauerte, warf auch einen ansehnlichen Geldüberschuß ab, welcher unsern kämpfenden Genossen in Deutschland zu Gute kommen wird.

Den deutschen Kollegen in Paris rufe ich aber zu: Agitirt und verbreitet die Prinzipien der Sozialdemokratie so viel wie möglich, damit wir unsere in Deutschland kämpfenden Brüder immer mehr unterstützen können. X.

Warnung.

Aus Frankfurt am Main schreibt man uns, daß die Polizei einige Personen ausgewiesen hat, die von den dortigen Genossen nicht als zur Partei gehörig anerkannt werden.

Es ist daher unbedingt Vorsicht am Platze, und streng auf **genügende Legitimation zu achten.**

Korrespondenzen.

Halle a. d. S. Wie recht Abgeordnete Kayser hatte, als er in der Sitzung vom 15. Dezember sagte, die Richter apportieren der Polizei, zeigen einige Fälle, die ich zur Belustigung aller Genossen hier anführen will. Diesen Sommer machten die Leipziger Genossen, d. h. etwa 2000 Personen mit Frauen und Kinder einen Ausflug nach Schkeuditz. Dort belustigte sich im Garten beim Glase Bier, sowie im Saale beim Tänzchen jedes auf's beste. Auch wir hatten von diesem Ausflug erfahren, und machten einige Genossen sich das Sonntagsvergnügen, nach Schkeuditz zu fahren; auch Abgeordneter Hasenclever kam mit seiner Familie und fand Alles in fröhlicher Stimmung. Etwa ¼ Jahr danach bekommen die Genossen Hasenclever und Eichhorn eine Vorladung wegen Theilnahme an einer geheimen Versammlung in Schkeuditz. Wir lachten hell auf; ein Ausflug mit Frauen und Kindern, wobei noch die Polizei in Uniform, Gendarmen mit ihren Knüppeln, sich unter der fröhlichen Menge breit gemacht, eine geheime Versammlung! Doch weiter. Genosse Kayser muß zum Reichstag und besucht uns Tags zuvor. Am selben Tag war in der Moritzburg Freikonzert. Es ist dieses die besuchteste Wirthschaft der Arbeiter, da es die einzige Wirthschaft ist, wo wir einen, wenn auch kleinen Saal zu politischen Versammlungen erhalten. Selbstredend gingen wir dort hin, um beim Glase Bier uns zu unterhalten; das hatten nun verschiedene Genossen erfahren und so fanden sich etwa 150 derselben in gleicher Absicht ein; es wird der leiblichen Musik zugehört, etliches Bier getrunken und tüchtig erzählt. Im heiterer Laune ruft Genosse Mittag der Musik zu: „Spielen Sie 'mal Mutter der Mann mit dem Koaks ist da". Im selben Augenblick waren einige Geheimpolizisten, unter ihnen Kommissär Grosse, eingetreten. Tags darauf schickt Grosse, ein Prachtkerl von Beamten, voll edler Gesinnung, erhaben über alles Niedrige, gerecht zum Ueberlaufen, eine Reporternachricht an hiesige Blätter, des Inhalts, als ob der „Mann mit dem Koaks" auf ihn gemünzt war und unmittelbar nachher wurde Anklage wegen — Beamtenbeleidigung erhoben. Sehr nett, nicht wahr? Doch noch einen Fall muß ich anführen, der von der zarten Gesinnung unserer Verwaltungsbehörde spricht.

Diesen Sommer machten Mitglieder einer Metallarbeiterkrankenkasse einen Ausflug nach der Haide, einem kleinen viel besuchten Wald. Da gehen nun Freunde, Bekannte, Frauen und Kinder hin und wollen sich erholen, auf einige Stunden die Sorgen und Leiden, sowie die staubige Fabrikluft vergessen. Bei solchen Ausflügen nehmen nun alle Vereine Handwerker-, Meister-, Gesellen-, Turn-, Militär- und Kriegervereine einige Fässer Bier mit, verschenken dasselbe unter sich und kommen dabei billiger fort. Also unser genannter Verein hat die Erlaubniß — die Haide ist königlich, gehört also dem Staat — erhalten, alles zieht fröhlich hinaus, das Pferd zieht den schweren mit Bierfässern beladenen Wagen den Berg hinauf, es ist ein prächtiges Stück Arbeit für Fuhrmann wie Pferd. Oben auf dem Berge angelangt, wird aber den Leuten von den Beamten, die gesehen hatten, wie sich Mensch und Thier gequält, angekündigt, daß sie ihnen den Besuch der Haide nicht gestatten könnten, es sei ein Verbot von der städtischen Behörde erlassen worden. Und so mußte die Menge zu ihrem Verdruß kehrt machen und wurden — Männer mit Frau und Kindern — von Gensdarmen mit dem Gewehr auf dem Rücken begleitet bis sie zu Hause angelangt waren. Warum aber diese brutale Behandlung? Weil sich eine Anzahl Genossen mit ihren Familien an dem Ausflug betheiligt hatten. So steht es mit den Rechten der Arbeiter hier in Halle. Der hiesige Polizeirath heißt von Holly.

Die Stadt hat ein Theater bauen lassen, das dem Aeußern nach eines der schönsten ist. Unsere Stadtväter fuhren aber auch in der halben Welt herum, selbst bis nach Ungarn, um die Theater der größeren Städte zu betrachten. Auf die Kosten kam es ja nicht an, und an Erfahrung reich kehrte man zurück, um eine Bildungsstätte zu bauen, die alles entzückt. Die Kosten belaufen sich auf 1¼ Millionen Mark, die Baukommission hat sich ein großes Bild machen und dasselbe in dem Schaufenster ausstellen lassen. Ich habe öfter, als ich ihre Geldprotzenphysiognomien betrachtete, von Leuten sagen hören, die Brüder werden sich die Hände ordentlich gewaschen haben. Auch Herr von Holly ist in dieser Kommission und auf diesem Bilde.

Wie aber ist bei dieser wundervollen Bildungsstätte für die ärmere Bevölkerung gesorgt worden? Ich lege einen Plan bei, damit die Redaktion sich überzeugen kann. Kaum 80 Plätze zu billigen Preisen für eine Stadt, die mit Giebichenstein, aber ohne die Umgebung, 100,000 Einwohner zählt! Es ist eine Schmach! Ja, diese Kommissions- ꝛc. Räthe haben Recht; sie sagen: Wir haben kein Theater fürs Volk, sondern für uns gebaut!

Arbeiter von Halle, werdet Ihr endlich von diesen Leuten lernen? Nicht durch Stumpfsinnigkeit, Alles gehen lassen, nicht mehr in Hader, Neid, Speichelleckerei und leerem Gerede Euch entzweien, sondern durch strenges, einiges, festes Zusammenhalten zeigen, daß wir nicht länger gewillt sind, dieser Sorte Leute, dieser Handvoll Geldprotzen, Wüstlingen ꝛc. Lohnsklaven zu sein, sondern freie Arbeiter mit gleichen Rechten an allen Staatseinrichtungen, Theilnehmer aller Erholungsstätten, die wir selbst erbauen, und von denen man uns heute ausschließt?

Die Halle'schen Parteigenossen erblicken in Genosse Max Kayser einen tüchtigen Vertreter und wünschen ihn hier bei nächster Wahl aufzustellen. Es schaaren sich immer mehr Arbeiter um unsere Fahne, und so glauben wir bestimmt einen Vertreter in den Reichstag schicken zu können. Obwohl wir am Orte gute Kräfte haben, zogen wir doch Max Kayser, den fast überall ausgewiesenen, braven, redlichen Genossen und guten Redner vor. Möge jeder Arbeiter von Halle Giebichenstein und Umgebung für den Arbeiterkandidaten Max Kayser agitiren, damit nichts versäumt ist, wenn die Wahlschlacht naht.

In Amerika nehmen die Genossen den Wettkampf mit den Deutschen auf; wir wollen zeigen, daß wir trotz dem infamen Gesetz nicht verzagen, sondern immer tapfer vorwärts schreiten.

Königsberg, 20. Dezember 1886. Am 13. d. M. fand in Insterburg die Hauptverhandlung gegen die Genossen Bruno Schönlank, Bunk und Godau statt. Die Angeklagten waren am 10. April 1886 in Königsberg von der Anklage, das verbotene „Königsberger Volksblatt" in der Gestalt der „Politischen Wochenschrift" weiter verbreitet zu haben, freigesprochen worden. (Verbreitung der Fortsetzung einer verbotenen Druckschrift.) Das Reichsgericht hatte das freisprechende Urtheil auf Antrag der Staatsanwaltschaft aufgehoben und die Sache an die Strafkammer zu Insterburg zurückverwiesen. Schönlank war, der weiten Entfernung wegen, vom persönlichen Erscheinen entbunden. Ihm war noch besonders zur Last gelegt, auch in der Gestalt des „Rheinischen Volksblattes" das „Königsberger Volksblatt" weiter verbreitet zu haben. Vertreter Schönlank's und Vertheidiger der beiden andern Angeklagten war der Rechtsanwalt Richard Heck aus Königsberg. Auch hier wurden sämmtliche Angeklagte freigesprochen und zwar gelangte der Gerichtshof, nach gründlicher Prüfung der ganzen Sachlage und eingehender Vergleichung sämmtlicher erschienenen Nummern der verbotenen Zeitungen zu der Ueberzeugung, daß die beiden genannten Blätter nicht die Fortsetzung des verbotenen „Königsberger Volksblattes" gewesen sind. Beantragt hatte der Staatsanwalt Herr Hecht für Schönlank 3 Monate, Godau 14 Tage Gefängniß, Bunk 10 Tage Haft, eventuell 50 Mark Geldbuße. Da in fast allen Sozialistenprozessen ein gegen die Angeklagten gerichtetes parteiisches Benehmen des Richterthums mehr oder weniger zu Tage tritt, so muß hier ganz besonders hervor-

gehoben werden, daß sich die **Insterburger Richter**, an der Spitze ihr Präsident, in der zirka fünfstündigen Verhandlung der größten **Unparteilichkeit** befleißigten. Charakteristisch für unsere Zeit, daß man das, was selbstverständlich sein **sollte**, als etwas Besonderes hervorheben muß!

Nicht ebenso achtenswerth benahm sich die **Insterburger Polizei**. Die Angeklagten hatten von dem Augenblick an, von welchem sie das Städtchen betraten, bis sie wieder abreisten, stets 2–3 Polizeibeamte in Uniform hinter sich. Bei der Abfahrt gesellte sich noch eine Zivilperson zu den Polizisten, welche, wie sich später herausstellte, ebenfalls im Dienste der Polizei stand. Als **Godau**, der noch einen Abstecher nach dem vier Meilen von Insterburg entfernten Städtchen **Gumbinnen** machte, sich sein Billet gelöst hatte, trat ein Polizist heran und frug den Billeteur, wohin der Herr fahre. Der Postbeamte konnte den Augenblick nicht genügende Antwort geben, und so gelang es Godau, da sich die Züge nach Gumbinnen und Königsberg in Insterburg kreuzen und auch die Weiterfahrt beider Züge fast auf dieselbe Zeit fällt, unbemerkt den Zug nach Gumbinnen zu besteigen. **Bunk** und einige **Insterburger** Freunde lenkten die Aufmerksamkeit der Beamten auf den nach Königsberg abfahrenden Zug, so daß die Polizei, als sie bemerkte, daß Godau nicht mit dem Zuge nach Königsberg mitfuhr, wirklich nicht wußte, wo er geblieben war, was sie auch dadurch bestätigte, daß die Beamten in verschiedenen Gasthäusern noch denselben Abend Nachfrage hielten, ob Godau da geblieben sei u. s. w.

Unsere Genossen hatten aber die Rechnung ohne den **Polizisten in Zivil** gemacht; als Godau in Gumbinnen ausstieg und von einem Freunde auf dem Bahnhof empfangen wurde, lief ein Kerl wie besessen auf dem Perron herum, jeden Reisenden frech anglotzend. Freundlich grinsend bemerkte er Godau, um sich auch sofort an seine Fersen zu heften. Als Godau den andern Morgen früh abfuhr, wartete das Individuum in Gesellschaft eines Unteroffiziers vom 3. Infanterieregiment bereits dort, um seines Amtes in aufdringlich frecher Weise weiter zu walten, fuhr ebenfalls mit zurück nach Insterburg, wo **Godau** bis Abends verweilte, um dann wieder mit Polizeibegleitung nach Königsberg zu fahren.

Signalement des Zivilpolizisten: Etwas über mittelgroß, röthlich blondes Haar und Schnurrbart, zwinkert und kneift stets mit den Augen, jedenfalls in Folge einer überstandenen Augenkrankheit. Alter zirka 32 Jahre.

Wenn man erwägt, daß die unteren uniformirten Polizeibeamten, die sogenannten Straßenschutzleute, ihrer materiellen Lage und ihrer ganzen Stellung nach ebenfalls zur unterdrückten Klasse gehören, daß sie aber ferner gezwungen sind, alles zu thun, was ihre Vorgesetzten befehlen, dann muß man die Leute mehr bedauern als verachten. Es war den Leuten auch anzusehen, daß sie sich bei der ganzen Hetze ziemlich erbärmlich vorkamen, es waren eben Neulinge. Die Gewohnheit aber stumpft natürlich bekanntlich ab, und nachher bespitzeln sie „mit Lust".

Berlin, im Dezember 1886. Die in Nr. 46 des „Sozialdemokrat" veröffentlichte Erklärung der Berliner Parteigenossen gibt einem Anonymus, der angeblich „Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion" ist, Veranlassung, in Nr. 80 des „Sächsischen Wochenblattes" eine geharnischte Gegenerklärung zu erlassen. Die Berliner Parteigenossen sind nicht in der Lage, zu prüfen, ob jene Erwiderung auf ihre Erklärung thatsächlich von einem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten herrührt, und diese Annahme fällt ihnen um so schwerer, als sie von einem solchen erwartet hätten, daß er, ebenso wie sie, nur einen angemessenen Ort für den schriftlichen Meinungsaustausch kennen würde, nämlich die Spalten des „Sozialdemokrat". Unter der Voraussetzung jedoch, daß das „Sächsische Wochenblatt" weder eine grobe Mystifikation begangen, noch einer solchen zum Opfer gefallen ist, wollen die Berliner Parteigenossen eine Entgegnung schon deshalb nicht schuldig bleiben, weil eine Anzahl der sogenannten Arbeiterblätter die „Gegenerklärung" nachgedruckt haben, und dieselbe so in die weitesten Kreise der deutschen Genossen gedrungen ist. Um den Raum des „Sozialdemokrat" nicht ungebührlich in Anspruch zu nehmen, glauben wir auf einen Abdruck der sehr umfangreichen Gegenerklärung und auf eine Kritik aller ihrer Einzelheiten verzichten zu müssen, und begnügen uns damit, den Kernpunkt herauszugreifen und zu beleuchten, es werden sich dabei auch einige untergeordnete Differenzpunkte streifen lassen.

Das „Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags" ist vor allem mit dem Schlußsatze unserer Erklärung nicht einverstanden und meint, daß „auf das Entschiedenste der Anschauung widersprochen werden müsse, als ob die sozialdemokratischen Abgeordneten die Sache der proletarischen Revolution zu fördern hätten". Die Aufgabe derselben sei anders aufzufassen. „Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Arbeiterinteressen wahrzunehmen und sie haben intellektuell dahin zu wirken, daß immer mehr erkannt wird, wie die Durchführung sozialistischer Ideen durch den Staat, nach dem Stande der einmal gewordenen wirthschaftlichen Entwicklung, die Grundlage wirthschaftlicher Wohlfahrt schaffen kann, und daß durch diese Grundlage sich die sittlichen, politischen, rechtlichen Verhältnisse besser und vollkommen gestalten". Das „Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion" hat eine sonderbare Vorstellung von dem Gange der Arbeiterbewegung und ihrer Förderung durch die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage. Ihm scheint das Wörtchen „**Klassenkampf**" unbekannt oder unverständlich zu sein, so „gemüthlich polizeifromm" stellt er sich die Wirksamkeit der Vertreter der Partei des Proletariats im Reichstage vor. Sie sollen „intellektuell" wirken, d. h. sie sollen Zeit und Worte vergeuden, um den verthierten Schädeln preußischer Krautjunker, den geschorenen oder gescheitelten Köpfen der privilegirten Verbreiter pfäffischen Blödsinns und den Spatzengehirnen denkfauler Bourgeois, mit einem Worte, um den Vertretern einer reaktionären Masse klar zu machen, daß sie allmälig aufhören müssen, so wie bisher, auf Kosten der Arbeiter zu leben. Leicht könnte, um die Aufgabe intellektuell zu lösen, selbst der Intellekt jenes „Mitgliedes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion" nicht ganz ausreichen. Da verstehen die Männer der Reaktion ihre Aufgabe in und außerhalb des Reichstages besser. Die Spalten des „Sozialdemokrat" strotzen von Berichten über die blutlechzende Verfolgung, die gewaltthätige Brutalisirung, die empörendste Niedertracht, denen die Genossen überall ausgesetzt sind. **Sind das alles Lügen??** Gibt es ein Sozialistengesetz? Sind unzählige Existenzen materiell vernichtet worden? Hetzt die Polizeimeute unsere ausgewiesenen Brüder von Ort zu Ort? Droht das Zuchthaus den Anhängern unserer Ideen? Sind die Säbel geschliffen, die Flinten geladen, die auf uns einhauen und wider uns losgehen sollen? Oder nicht? Sind das alles böswillige Erfindungen und Uebertreibungen?

Wenn das „Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion" im Stande ist, diese Thatsachen aus der Welt zu schaffen, wenn es das Schuldbuch der heutigen Gesellschaft auszulöschen vermag, wenn es außerdem wirkliche, auf friedlichem Wege erlangte Zugeständnisse der herrschenden Klassen an das Proletariat, keine Scheinkonzessionen, nachweisen kann, dann — aber nur dann wollen die Berliner Parteigenossen ihn von der Aufgabe entbinden, „die proletarische Revolution" vorzubereiten, und wollen mit ihm der Ansicht werden, daß eine Geburt, zum ersten Male freilich in der Weltgeschichte, der Gruppen, wie der Einzelwesen, ohne Wehen vor sich gehen wird. Vorläufig aber müssen die „beauftragten" Berliner Parteigenossen, die nicht die Ansicht von 56 oder 156 oder 560 Berliner Sozialdemokraten, wie das „Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion" herumrathet, vertreten, sondern welche die große Majorität der zielbewußten sozialistischen Wähler Berlins hinter sich haben, das Recht für sich in Anspruch nehmen, die Ansicht des Einsenders im „Sächsischen Wochenblatt" für unvereinbar mit den wirklichen Verhältnissen, den Prinzipien der sozialdemokratischen Partei und den Geboten der Taktik zu halten. Statt im Reichstage den Bettelsack vor den gegnerischen Parteien zu schwingen, in den doch nie etwas fallen wird, was den Arbeiter satt machen kann, sollten die Vertreter des Proletariats im Reichstage noch in viel höherem Grade als jetzt unter das Volk gehen, um es aufzuklären, sollten sie die Tribüne des Reichstags nur betreten, um von der einzigen Stelle herab zu dem Volke zu reden, von der man noch frei zu ihm reden kann, sollten sie unermüdlich und unerschrocken agitiren, demonstriren, organisiren.

Ja, das „Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion" hat Recht, wenn es uns grundsätzliche Gegner des Parlamentarismus nennt, eines Parlamentarismus, der, wie Genosse Liebknecht im Vorwort seiner Broschüre über „die politische Stellung der Sozialdemokratie" sagt, in allen Staaten, wo er grassirt, zur Täuschung und Knechtung des Volkes dient, ein mit dem Schaumgold der Phrase beklebter Theatermantel, hinter dem der Absolutismus und die Klassenherrschaft ihre häßlichen Glieder und ihre Mordwaffen versteckt. Und deshalb sind wir auch gegen jede unnöthige Konzession an diesen Parlamentarismus, gegen die Theilnahme an den Kommissionen, die ihre Berathungen nicht öffentlich führen, und in denen die Kraft der Fraktion verzettelt wird, gegen die Theilnahme am „Seniorenkonvent", dessen Name schon den korpsstudentischen Bourgeoisgeist seiner Urheber verräth, gegen das ganze Interpellir- und Amendir-Heldenthum, das im Volke den Glauben erweckt, es geschehe etwas, während in Wirklichkeit **nichts** geschieht. Wenn das „Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion" sich im Ernste wundert, daß wir die Theilnahme unserer Vertreter allein an der Wahlprüfungskommission nicht aufgehoben wissen wollen und höhnisch meint, es könne höchstens das Wort „Wahl" sein, das uns mit ihr versöhne, so möge er sich beruhigen. Das Wort „Wahl" hat so wenig verlockenden Klang für uns, daß wir die Betheiligung an einer Wahl unter dem Dreiklassenwahlsystem — vielleicht sehr zu seinem Leidwesen — abgelehnt haben. Wir messen der Betheiligung an der Reichstagswahl die Bedeutung eines guten Agitationsmittels zu, sie ist außerdem ein, allerdings nicht ganz fehlerfrei funktionirendes, Barometer, welches anzeigt, in welchem Umfange die Ideen der sozialdemokratischen Partei in die Massen der Wähler eingedrungen sind, und wie weit der Zeiger der Weltenuhr vorgerückt ist. Jede Ungültigkeitserklärung einer Wahl, die in der Kommission beschlossen und vom Plenum bestätigt wird, gibt bei der Nachwahl in dem betreffenden Kreise Gelegenheit zu neuer Agitation und zur weiteren Verbreitung unserer Prinzipien.

Vielleicht dürfte nach dieser Auseinandersetzung dem „Mitgliede der Reichstagsfraktion" der Sinn unserer Ansicht nunmehr erschlossen sein, wenn er es aber wünscht, können wir noch deutlicher werden. Wir fürchten allerdings, daß auch die größte Deutlichkeit uns gegen absichtliche Mißverständnisse nicht zu schützen vermag. Denn wie ist es anders zu nennen, wenn in der Gegenerklärung gesagt wird, wir wollten „der Fraktion die Parteileitung" genommen sehen? Wir sprachen in unserer Erklärung nur davon, daß wir die Parteileitung „**nicht mehr ausschließlich**" in den Händen der Fraktion resp. des Fraktionsvorstandes wissen wollen. Der Unterschied liegt klar zu Tage, so klar, daß wenn wir nicht Böswilligkeit annehmen sollen, wir voraussehen müssen, daß das „Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion" unsere Erklärung im „Sozialdemokrat" gar nicht selbst gelesen hat. In dieser Annahme werden wir auch dadurch bestärkt, daß in der Gegenerklärung in nicht mißzuverstehender Verbindung von denjenigen gesprochen wird, welche die „gewählten Vertrauensmänner der Arbeiter, ihre Abgeordneten, mit Schmutz und Steinen bewerfen".

Eine so hochgradige Erregung Genossen gegenüber, die in sachlicher Form auf einige nach ihrer Meinung vorhandenen Uebelstände aufmerksam machen und das Recht der freien Meinungsäußerung auch der Fraktion gegenüber für sich in Anspruch nehmen, ist um so unverständlicher, als das „Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion" sich den Zuständen der heutigen Gesellschaft gegenüber so friedfertig zeigt, daß er beinahe einen Platz unter den Nationalliberalen verdiente.

Wir wollen die Polemik damit abbrechen und bemerken nur zum Schluß, daß der anonyme sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete jeden Tag, sobald er in Berlin ist, Gelegenheit haben kann, sich mit den Opponenten, den Einsendern der Erklärung, auseinanderzusetzen, wenn er auch, wie er behauptet, „überall von der Polizei begleitet" wird. In ihrem achtjährigen Kampfe mit der Polizei unter dem Ausnahmegesetz sind die Berliner Parteigenossen klüger geworden, als es dem „Mitgliede der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion" vielleicht lieb ist.

Die Beauftragten.

Nachruf.

Am 11. November verstarb nach langem Leiden unser Genosse

Adolf Heuer, Dreher,

an der Schwindsucht.

Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen einen braven Genossen.

Ehre seinem Andenken!

Hannover, im Dezember 1886.

Die Hannöverschen Parteigenossen.

Quittung.

Für den 11. sächsischen Reichstagswahlkreis 10 Dollars (40 Mark) vom Genossen **Rudolph** in **Boston** (Nordamerika) erhalten zu haben, bescheinigen dankend

Die Meeraner Parteigenossen.

Zur dauernden Beachtung!

Alle Einsendungen für die **Redaktion**, ebenso **alle geschäftlichen Mittheilungen** an die **Expedition** bitten wir **niemals auf ein und dasselbe Briefblatt**, sondern stets

jedes für sich auf ein besonderes Blatt

zu schreiben.

Redaktionelle Mittheilungen in **Geschäftsbriefen** müssen wir sonst extra abschreiben, was **unnöthige Arbeit**, mitunter auch **Verzögerung der Aufnahme** verursacht.

Die Expedition des „Sozialdemokrat".

Briefkasten

der Redaktion: Einsendungen 2c. sind eingetroffen aus **Berlin** (Moabit), **Bukarest**, **Hirschberg** i. Schl., **München**, **Offenburg**, **Philadelphia**, **Randow-Greiffenhagen**. — **H. Szimmath in Greenpoint**: B. betr. in nächster Nr.

der Expedition: Der Bekannte: Mk. 14 — f. Schft. erh. Unmöglich mehr als Ihriges. Bstllg. notirt. — Greiz: Mk. 50 — pr. Dfd. u. Mk. 25 — f. d. Opfer d. Frbgr. Proz. bkd. erh — J. K. Ldst.: Fr. 2 — Ab. 1. Qu. erh. — J. M. Stdg.: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. — Schwäb. Hans: Mk. 5 — Ab. 1. Qu. u. Schft. erh. Nachlfrg. fort. — v. d. Eider: Mk. 125 — à Cto. Ab. 2c. erh. Bf. am 28/12. Weiteres. — Frau G.-Schack: Herzl. Glückwünsche z. R. J. u. W. G. Gera. — Willard: Bfe. kreuzten sich. Dank f. Zlgb. 2c. Beil. u. Adr. besorgt. Weiteres demnächst. — ††† himmel — — —: Wird besorgt. Prosit! — Bruno: Mk. 590 — à Cto Ab 2c. erh. Adr. u. Bstllg. notirt. Weiteres bfl. — C. Chlch. Samaden: Fr. 8 — Ab. 1. Qu. G. L. M. u. C. erh. — Serlow: Fr. 2 — Ab. 1. Qu. erh. Adr. geordnet. — W. F. Stgu.: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. Dzg. B. K.: Mk. 14 40 Ab. 1. Qu erh. Adr. notirt. — A. G. H. a. R.: Mk. 4 30 Ab. 1. Qu. erh. — R. H. Sch. Mz.: Mk. 9 17 Ab. 1. u. 2. Qu. erh. Weiteres mit 1 notifizirt. — L. Z. Rea.: Mk. 6 — Ab. 1. Qu. und Schft. erh. Bstllg. fort. — C. B. Ddn.: Mk. 8 80 Ab. 4. Qu. 86 u. 1. Qu. 87 pr. Sch. erh. — Dr. W. C.: Mk. 6 — Ab. 1. u. 2. Qu. u. Mk. 4 — pr. Ufd. bkd. erh. — M. u. T. Stg.: Mk 4 40 Ab. 1. Qu. erh. — Lappländer: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. — H. P. Hsfde.: Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. erh. — Rothbart: Mk. 490 — f. Btf. H. u. Mk. 110 — à Cto Ab. 2c. erh. Weiteres angenehm. Bf. am 29/12. mehr. — Schuhmachergewerkschaft Basel: Fr. 5 — f. d. Opfer des Frbg. Justizmordes bkd. erh. — Rother Hohenzoller: Bericht siehe „Arbeiterstimme". — J. M. Bdtr. H.: Fr. 4 25 f. Schft. erh. — Rother Töpfer: Mehrbstllg. u. Adr. v. 28/12. 86 erh. — Dr. F. W. Kre.: Mk. 4 50 Ab. 1. Qu. erh. — Ldkr. C. a. Rh.: Mk. 100 — à Cto Ab. 2c. pr. 25/12. gutgebr. — Feuerblume: Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. dir. u. Mk. 42 60 à Cto Ab. 2c. erh. Bstllg. u. Adr. geordnet. — O. L. Bredow.: Mk. 3 — pr. Ufd. bkd. erh. — Fuchs: Mk. 250 — baar, Mk. 28 — pr. R. u. Mk. 25 50 pr. Sgr. à Cto. gutgebr., wovon Mk. 3 50 a. Spezialnota. Bstllg. 2c. notirt. Weiteres bfl. — Veilchenstein: Mk. 7 — Ab. 1. Qu. M. u. H. erh. Mehr effektiv unzulässig. Mk. 93 — à Cto gutgebr. Sperre unvermeidlich, wenn nicht ganz wesentlich abgestoßen wird. Bstllg. vorgemerkt. — Rothenberg: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. Benützte Deckadr. ist erloschen. Ersatz folgt. — Neckarschleimer: Mk. 6 65 Ab. 1. Qu. u. Schft. M. erh. Bf. Weiteres auch betr. B. — Schaffhausen: Fr. 25 — à Cto Ab. 2c. erh. — Fritzsche: Fr. 1 50 Ab. 1. Qu. erh. — F. S. Rdg.: Mk. 4 60 Ab. 1. Qu. erh. — Lindwurm: bwfl. 5 — Ab. 1. u. 2. Qu. u. Schft. erh. Wunsch notifizirt. — - - esca: Mk. 10 40 Ab. 1. Qu. erh. Weiteres bereits bfl. berichtet. — Rpcht. Elfd.: Mk. 4 50 Ab. 1. Qu. erh. — J. Sr. Ra.: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. — R. U. a. D.: Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. erh. — Schw. Hgn.: Fr. 2 — Ab. 1. Qu. erh. — Kg. Altstt.: Fr. 2 — Ab. 1. Qu. erh. — XZ: Weiteres nach Vorschrift geordn. — Strb. O'rdm.: Fr. 2 — Ab. 1. Qu. erh. — W. Schr. Lpg.: Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. erh. — Zur rothen Erde Sch.: Mk. 3 80 Ab. 1. Qu. erh. W. besorgt. — H. Glch. A'bn: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. — S. G. Mbg.: Mk. 1 90 Ab.-Rest 1. Qu. erh. — Fbtr. Ndf.: Mk. 1 50 f. Schft. erh. Sdg. abg. nebst Probenummer. — E. Condor: Mk. 20 — à Cto Ab. 1. Qu. u. à Cto Schft. erh. Adr. eingerenkt. — Nr. 681 U. a. D.: Mk. 4 40 Ab. 1. Qu. erh. Adr. geordn. — Dante: Beides erh. Amerika besorgt. Benützte Adr. auch zu Geldsdg. 2c. verwendbar. — Frau Weber und Söhne aus Cr. Philadelph.: Bf. v. 21/12. erh. Erfragter sendet beste Grüße! — Veritas: Ergänzung f. d. „Schw. Liste" erh. — X z Y.: Mk. 20 — à Cto Ab. 2c. erh. Weiteres erwartet. Bstllg. notirt. — Gr. Zuchthaus: Mk. 66 — Ab. 1. Qu. pr. Div. erh. W. vollzähligbei H. bereitliegend. — Der alte Heimathlose: Fr. 2 — Ab. 1. Qu. S. erh. und Fr. 1 25 Ab. 1. Qu. K. abgeliefert. — J. Sdtl. Winona: Fr. 5 — Ab. 1. u. 2. Qu. erh. Fr. 5 10 pr. Ufd. bkd. verwendet. Adr. geordn. — Dreibein: Mk. 6 — Ab. 1. Qu. u. Mk. 8 — pr. Wfd. bkd. erh. — K. B. D.: Mk. 5 — pr. Ab. Ende Mai erh. — M. C. L.: Ab. 1. u. 2. Qu., Mk. 12 — Schft. u. Mk. 2 — pr. Ufd. bkd. verw. Adr. geordnet. Knurrhahn: Mk. 88 35 à Cto Ab. Schft. 2c. erh. Bstllg. folgt. — C. M. Z.: Mk. 20 Ab. pr. 87 2c. erh. Bstllg. notirt. — Die 3 Gleichen: Mk. 100 — à Cto Ab. 2c. erh. Gzch. gutgebr. — J. M. S.: Mk. 6 — Ab. 1. Qu. erh. Adr. geordn. — C. S. B.: Mk. 4 30 Ab 1. Qu. erh. — Adr. Schlrg.: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. — Brennus: Mk. 51 60 Mk. 46 40 à Cto Ab. 2c. erh. Weiteres vorgem. Bf. folgt. — Verrina: Mk. 39 10 Ab. 1. Qu. erh. 3 Neue unzulässig. Bstllg. notirt. Weiteres siehe Notiz in Nr. 50 letzte Seite 3. Spalte unten. — C. B. C.: Mk. 3 10 Abon. 1. Qu. erh. Ers. folgt. — C. B. Lpg.: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. — Seesturm: Mk. 6 50 Ab. 1. Qu. u. Schft. erh. Bl. noch ohne Arbeit! Betr. Lstn. wenden Sie sich nach K. — Dtschr. L.-B.-V. W'thur: Fr. 50 — pr. Ufds. bkd. erh. — L. de B. Anvers: Fr. 5 45 à Cto. erh. Bstllg. 2c. wird besorgt. — Donau: Erfragtes mit Nota beantw. Gl. lauft. Weiteres nach Wunsch. An—r leider momentan untröstbar. bwfl. 5 — von —n—i eingetroffen. Bfl. betr. dessen Näheres. — Willard: Adr. vom 30/12. erh. — Johann Schwarz: P. restirt bis Ende 1886 Fr. 32 50 u. per 87 sind Fr. 10 — **zu pränumeriren**, macht zus. Mk. 34 —. Bfl. Weit. — Rotherbusch: Gewünschtes folgt. Adr. u. Sgr. not. — C. B. Bukarest: Fr. 3 65 Ab. 1. Qu. u. Schft. erh. Fr. 6 35 pr. Ufd. bkd. verw. — Schiffchen: Mk. 5 — Ab. 1. Qu. 2c. erh. — Schwarzer Taugenichts: Mk. 50 — pr. 2 dir. u. à Cto. erh. Adr. notirt. — H. K. Davos: Mk. 3 — Ab. 1. Qu. erh. — Mr. u. Zlr. Zürich: Fr. 6 — 4 Ab. pr. 1. Qu. erh. — Laubfrosch: Mk. 50 — à Cto Ab. erh. — Max u. Bodo Paris: Gruppenbild vergriffen. Weiteres notirt. — Feuerländer Zch.: Fr. 5 80 Ab. 1. Qu. u. Schft. erh. — R. J. Kophg.: Fr. 11 30 Ab. 1. Qu. u. Schft. erh. — Besenstock: Fr. 5 — Ab. 1. u. 2. Qu. erh. Fr. 2 — f. d. Opfer d. Freibrgr. Proz. bkd. verw. — J. A. Fortuijn Amsterdam: Fr. 15 — Ab. 4. Qu. erh. — M. Sta. O'strh.: Fr. 2 — Ab. 1. Qu. erh. — Die Sanften: Fr. 2 — Ab. 1. Qu. erh.

Fortsetzung der Eingangsquittungen ab 4/1. in Nr. 3.

Zur rechtzeitigen Kenntnißnahme.

Mit Neujahr 1887 und von da an laufend

☞ **müssen sämmtliche Briefabonnements** ☜

baar vorausbezahlt werden.

Belastungen auf Conto-Inhaber finden sonach nicht mehr statt.

Allen Bestellungen auf direkte oder indirekte Brieflieferung ist ohne jede Ausnahme die volle Baarzahlung beizulegen.

Ersatz für Versandtverluste liefern wir nur gegen Einsendung des Porto bei Reklamation.

Sämmtliche Besteller wollen dies künftighin ein für allemal festhalten.

Wo anderweitige Bezugsgelegenheit geboten ist, sind Briefabonnements unzulässig.

☞ Alle nicht ausdrücklich wiederbestellten Brief-Abonnenten sind mit Nr. 1 gesperrt.

Abonnements für die Schweiz

erheben wir per Nachnahme, wenn Zahlung nicht mit jedem Quartalbeginn vorausgeleistet ist.

Einzel-Kreuzbandsendungen ins Ausland

sperren wir mit Quartalsablauf, sofern Neubestellung und Geld bis dahin ausbleiben.

Expedition des Sozialdemokrat.

In den nächsten Tagen erscheint und ist durch die Unterzeichnete zu beziehen:

„Der rothe Teufel"

Reich illustrirtes sozialdemokratisches Witzblatt.

„Der rothe Teufel"

wird nicht regelmäßig erscheinen, sondern nur, wenn es ihm paßt.

„**Der rothe Teufel**" wird in **rothem** Gewande, d. h. auf rothem Papier gedruckt, herauskommen.

„Der rothe Teufel"

bringt außer einer ganzen Masse verschiedener **Teufeleien** in **Poesie** und **Prosa** ein prachtvolles **Vollbild**: „**Die Marseillaise**", Zeichnung von G. **Doré**.

„Der rothe Teufel"

kostet per Exemplar

20 Pfg. — 25 Cts. Porto extra.

Es empfiehlt sich, daß man den

Rothen Teufel

nicht einzeln, sondern mehrere Exemplaren zusammen bezieht, da Einzelbezug den Preis des Porto halbers verdoppelt.

Zahlreichen und baldigen Bestellungen sehen entgegen

Volksbuchhandlung
und Expedition des „Sozialdemokrat".

Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.